

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verlagsdirektor: 14. Fernruf: 210 65 (R.D.), 210 47 (Berlag).

Mit der Halleschen Arbeiter-Zeitung  
**Der Rote Stern**

Einzelnenpreis: 15 Pf. für den am 1. Mai und Später: 1 Mk. im Zeitlief. Abonnenten: Kassenant. des Sozialistischen Halle; Commerce- und Privat-Bank Halle. Postfachkonto: Leipzig 864 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verlagsdirektor: 14.

Einzelnenpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, 14. April 1931

11. Jahrgang Nr. 86

## Reformisten hat prinzipielle Streikbrecher

# Legt alle Bauten still!

**Bauarbeiter in Halle stehen geschlossen zur KGD — BGB-Mitgliederversammlung beschließt Fortsetzung des Streiks und fordert Gründung des roten Bauarbeiterverbandes — Brauns flüchtet aus der Versammlung — Der Vertreter des Bezirkskomitees der KGD wird fürmlich begrüßt — BGB-Generalversammlung in Berlin aufgefliegen**

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. April.

Die Lage im Bauarbeiterstreik hat sich im Laufe des gestrigen Tages ungemein zugepointet. Den von dem Berliner Schlichter, dem Sozialdemokraten Wissel, gefällten Zwangsschiedspruch, der 11 Pfennig Lohnraub in der Spitze vorsieht, haben die Unternehmer und Gewerkschaftsführer gemäß der vorherigen Vereinbarung für sich als bindend erklärt. Die streikbrecherischen Führer der reformistischen Bauarbeiterorganisation sind nunmehr dabei, die Mitglieder zurück auf die Baustellen zu jagen.

Die zentrale Streikleitung der revolutionären Bauarbeiter ruff die Kameraden auf, in den heutigen Baustellenversammlungen für Fortsetzung des Streiks gegen den Lohnraub einzutreten.

Halle, 14. April.

Die am Montag abend tagende Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes nahm einen äußerst fürmlichen Verlauf. Die Versammlung war über die freireisenden Kollegen.

Der Reformist Brauns begann sein Referat mit Ausführungen über alte Beiträge der Rechtlosigkeit, um den Kollegen zu beweisen, daß der Verband schon einmal etwas für sie getan habe.

Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern hat sich die Rechtsabteilung in Halle für einen Spitzenlohn von 1,16 Mark eingefügt.

Um die ungeheure Empörung der Versammlung bei diesen Ausführungen einzudämmen, ergäbe er dann, daß die Unternehmern immer noch an ihrer Forderung von 1,10 Mark festhalten.

Brauns vertrat wieder die Meinung des Bundesverbandes, daß die Streikunterstützung nicht in voller Höhe gezahlt werden könne, wie sie in den Statuten festgelegt sei. Er erklärte, der Verband habe kein Geld. Die Kollegen mußten für 1,16 Mark die Arbeit aufnehmen.

Unter den fürmlichen Entschuldigungen der Versammlung mußte Brauns seine Rede abbrechen.

In der darauffolgenden Aussprache ergriffen sofort die Vertreter der KGD das Wort und führten den Kollegen den frechen Verrat der Bürokratie vor Augen. Ein Kollege zeigte die Verräter und die Streikunterstützungsstrategie der Sozialfaschisten an den Streiks der anderen Indusriefabrik auf. Der Kollege verlas dann folgende Resolution:

Die Mitgliederversammlung des BGB Halle beschließt den Streik trotz Verbindlichkeitsklärung weiterzuführen.

Die Versammlung macht sich den Beschluß der Streikversammlung vom Freitag, den 12. April im St. Nikolaus: für 1,20 Mk. Stundenlohn, gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch, gegen alle Abmachungen, die zwischen dem Bauernbundesbund und dem Zentralverband der Zimmerer abgeschlossen werden, zu eigen, und erklärt, den Streik unter der Führung der KGD und zentralen Streikleitung bis zur Erfüllung dieser Forderungen weiterzuführen.

Die Versammlung beschließt den geschlossenen Uebertritt der Zahlstelle des BGB Halle zur KGD.

Der offene Verrat und die Streikbrucharbeit des BGB im Interesse der Unternehmer verlangt, den roten Einheitsverband für das Baugewerbe zur Sicherung des Streiks sofort zu gründen. Die Versammlung spricht der KGD ihr Vertrauen aus.

Nur unter der Führung der KGD ist es möglich, den Kampf um die ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft zu führen.

Die Versammlung nahm die Ausführungen des Redners der KGD mit fürmlichem Beifall entgegen. Ueber 600 Kollegen

nahmen die eingebrachte Resolution bei einigen Stimmhaltungen an. Brauns, der erklären wollte, daß die Abstimmung über die Resolution nach den Statuten nicht zulässig sei, wurde niedergeschrien.

Darauf ergriff der oppositionelle Kollege Rohr das Wort und stellte den Antrag, daß ein Mitglied des Bezirkskomitees der KGD jetzt in der Versammlung das Wort bekommen müsse. Auch dieser Antrag wurde von allen Kollegen bei einigen Stimmhaltungen angenommen.

Seht verüchten einige SPD-Leute, Brauns zu retten. Sie mußten aber unter dem Druck der Versammlung bald abtreten.

Alle anderen Disziplinierungsredner wendeten sich gegen den Bankrotteur Brauns. Ein Kollege schilderte, wie Brauns auf seiner Baustelle versuchte, die Kollegen zur Aufnahme der Arbeit für 1,16 Mk. zu bewegen. Alle Disziplinierungsredner sprachen über die Erfolge des Fünfjahresplans in der Sowjetunion, was von der Versammlung jedesmal fürmlich begrüßt wurde.

Zimmer fürter wurde aus der Versammlung gefordert, daß

## Streik in allen Betrieben am 1. Mai

### Beschluß des Matkampsauschusses Halle

Wir mobilisieren für den Matkampsauschuss,

der in diesem Jahre im Zeichen des Kampfes gegen die Lohnraubhoffen des Unternehmerns, der Brüning-Diktatur und gegen den Faschismus steht, die gesamte Arbeiterschaft zum politischen Massenstreik gegen Lohn- und Unterstützungsausfall, für 40-Stundenwoche, resp. 7-Stundentag bei vollen Lohnansprüchen.

Wir rufen die Arbeiterschaft auf, mit uns zu demonstrieren für die Vollsaktion gegen den Vorfaschismus und die sozialfaschistische Koalitionspolitik.

Alle Betriebsarbeiter und Erwerbslose kämpfen unter der Führung der KGD.

Die roten Tage der KGD vom 15. April bis 1. Mai müssen Sturmzüge zum Kampfwillen der Massen der Betriebsarbeiter in gemeinsamer Front mit den Erwerbslosen und Sanstranen zum Auftakt des Massenstreiks am 1. Mai werden.

Bildet in allen Betrieben sofort Matkampsauschüsse, deren Aufgabe es ist, die einheitliche Front aller Betriebsarbeiter und -arbeiterinnen ohne Unterschied politischer, gewerkschaftlicher oder konfessioneller Art herzustellen, um Massenstreiks am 1. Mai vorzubereiten und auszuführen.

Unser Antwort auf die Diktaturverordnung der Brüning und Cawering ist Erfüllung des Sturmpfandes und Massenwerbung für die KGD, Verdoppelung der Mitgliedschaft der KPD, der Partei der revolutionären Proletariats.

Betriebsarbeiterinnen, Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Hausfrauen: hinein in die KGD und die KPD!

Formiert die Kampffront der Arbeiterbataillone für den Kampfmaj 1931

Matkampsauschuss Halle.

Die Betriebsarbeiter müssen in den nächsten Tagen sofort in ihren Betrieben Stellung nehmen und mit der Arbeiterschaft bindende Beschlüsse fassen, den Streik am 1. Mai durchzuführen, und sich hinter die Beschlüsse des Matkampsauschusses stellen.

der Bezirksvertreter der KGD das Wort bekommen sollte. Brauns versuchte noch rasch die Situation für sich zu retten, indem er das Schlußwort ergriff, doch die Geduld der Versammlung war erschöpft. Der Leiter der Indusriefabrik vom Bezirkskomitee der KGD, Genosse Jöllner, wurde von den Kollegen in die Versammlung geholt, worauf Brauns seine Sachen packte und mit seinen Schuhschuhfluchtartig die Versammlung verließ.

Genosse Jöllner entwickelte ein klares Bild über die Streiksituation und den Verrat der Bürokratie, und begründete noch einmal die eingebrachte Resolution. Die Kollegen wurden aufgefordert, morgen für die reikteste Bekleidung der Betriebe zu sorgen und Massenstreikposten vor die Betriebe zu stellen.

Der Streik der Bauarbeiter ist ein Kampf von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft. Der Verrat der Bürokratie ist so offen, daß die organisierte Trennung von diesen Gewerkschaftsführern zur Lebensfrage der Bauarbeitergesellschaft nicht nur in Halle geworden ist.

Der Sozialfaschismus zeigt sich beim Bauarbeiterstreik so offen und brutal, wie noch nie. Zu dem ungeheuerlichen Schiedspruch, dessen Inhalt wir gestern veröffentlichten, wird noch bekannt, daß die BGB-Bürokratie mit den Unternehmern außerdem noch eine Vereinbarung getroffen hat. Die Unternehmern schreiben über diese Vereinbarung:

„Was nun die Wiederaufnahme der Arbeit angeht, werden die kommunistischen Arbeiter, also die in der KGD vereinigten Bauarbeiter alles mögliche tun, um den Mitgliedern der Tariforganisationen die Belegung der Baustellen zu erschweren. Die kommunistischen Verbände führen eine Sprache, als ob sie die Herren auf den Arbeitsplätzen wären. Es ist allerhöchste Zeit, diesem Spul ein Ende zu machen.“

In der Vereinbarung zwischen den Sozialfaschisten vom BGB und den Unternehmern ist deshalb ausgemacht, daß nur noch Mitglieder der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften beschäftigt werden dürfen. Sie werden sich nicht als Streikbrecher gegen ihre kämpfenden Kollegen misshandeln lassen. Sie werden sich in Massen der KGD anschließen und so die Voraussetzungen für den Aufbau des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe, einer wichtigen Kampforganisation, schaffen.

Die Bauarbeiter werden dieser edlen Einheitsfront von Polizei, sozialfaschistischen Streikbruchorganisatoren und Unternehmern trotz aller Terrors unter Führung der KGD die einzig mögliche Antwort geben. Sie werden das tun, ob sie heute noch im BGB oder bei den Übrigen organisiert sind oder nicht. Sie werden sich nicht als Streikbrecher gegen ihre kämpfenden Kollegen misshandeln lassen. Sie werden sich in Massen der KGD anschließen und so die Voraussetzungen für den Aufbau des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe, einer wichtigen Kampforganisation, schaffen.

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenbewehrung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

## Bauarbeiter rufen zum 1. Mai

In der großen hallischen Bauarbeitererversammlung wurden einstimmig folgender Kampfpappell an alle Bauarbeiter und die gesamte Arbeiterschaft beschlossen:

Die Bauarbeitergesellschaft gelobt, den 1. Mai als Kampftag zu begehen. Von allen Baustellen werden Delegierte in das Matkampsauschuss entsandt. Die Bauarbeiter fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, diesem Beschluß zu folgen und den 1. Mai zu einem Kampftag gegen Lohnraub und Brüning-Diktatur zu machen.

# Heute und morgen stimmt das Leuna-Werk für Arbeitsruhe am Maikampftag!

# Eine Giftgasbombe gegen die KGD

(Eig. Draht.) Berlin, 13. April.  
Die Handelsvertretung der Sowjetunion teilt zu der Angelegenheit der Industriespionage bei den IG Farben in Sibirien am Main mit, daß die in der Angelegenheit genannten oder verhafteten Personen der Berliner Handelsvertretung in seiner Weise bekannt sind. Es befinden sich keinerlei direkte oder indirekte Beziehungen zwischen irgendwelchen Personen, die im Zusammenhang mit einer solchen Angelegenheit genannt worden seien.

## Erklärung des Reichsministers der KGD

Die kapitalistische Presse, voran die Alldeutschen und die SPD-Blätter, entfachen anlässlich der Verhaftung des von den Sowjetern, Farbwerken gemischten Betriebsrates Karl Dienstbach, sowie des Genossen Erich Stieffen wegen angeblicher Industriespionage eine infame, verlogene Hege gegen die KGD. Die ganze Hege beruht offensichtlich auf einer plumpen Masche von Polizeispiegeln, die von gewissen Kreisen benützt wird, um einmal die deutschen Arbeiter in Verbindung mit dem Genossen Erich Stieffen über Erzeugung des Rantolobetruges zu führen und vor allem, um die Hege gegen die KGD und die politische Verfolgung dieser einzigen gewerkschaftlichen Kampforganisation des deutschen Proletariats zu steigern. Denn nur zu diesem Zweck wird die KGD, die mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hat, in Verbindung mit der angeblichen Spionage gebracht.

Nach den überwältigenden roten Siegen in Leverkusen und anderen Riesenbetrieben der Chemie und in einer Situation, wo die Chemieindustriellen die Kohntarife mit dem Ziel eines neuen, unangehörigen Lohnabbaus getarnt haben, ist die KGD, die allein den Kampf gegen den Lohnraub organisiert und führt, verschärfter politischer Verfolgung ausgeliefert und vor der Arbeiterkraft verleumdet worden. Das Gesteirne wird allerdings nicht gelingen, dazu ist das gegen die KGD erlassene Mandat für jeden ehrlichen Arbeiter zu durchsichtig. Die IG Farben, die ihre Patente nachweislich den meistbietenden Kapitalisten nach Frankreich, Amerika und anderen kapitalistischen Staaten verkauft haben, würden sich nur lächerlich machen, wenn sie über einen angeblichen Verrat von Fabrikationsgeheimnissen setzen müßten.

Allen Ansinnen nach ist aber die ganze Masche von sozialdemokratischen Polizeispiegeln inszeniert worden, für die im Kampf gegen die Sowjetmacht und gegen die KGD jedes Mittel recht ist. Die SPD-Presse verleiht sich zu der lächerlichsten Behauptung, daß die Arbeiterkraft in der angeblichen Verrat der Fabrikationsgeheimnisse erregt sei. Die Arbeiterkraft ist empört über solche Methoden, die der Patriot Krupp anwendet, der Kationen an die Regierungen der Ententestaaten liefert, mit denen die deutschen Arbeiter zusammengeschlossen werden. Sie sind empört über die Methoden der Patrioten der heimischen deutschen Industrie, die die Kationen an die Kapitalisten von Frankreich, England und Amerika verkaufen, damit sie gegen die Sowjetunion oder gegen die verfallenen Massen Deutschlands verwendet werden können, die Arbeiter sind empört über die Willkürmaßnahmen, die unter dem Finanzminister Brüning und seinem demokratischen Nachfolger an den Salzgargen erlassen werden, womit dieser die weisgarbigen Banken finanziert und die Arbeiterkraft ist gegen das tiefste Empört über die treue Polizeimache gegen die KGD.

Wie toll der Schwindel aufgetragen wird, dafür sei nur angeführt die Behauptung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die am 13. April schrieb, Dienstbach habe versucht, die Köhlin eines Direktors einer Kautschukfabrik in Gellerbach für seine Zwecke zu gewinnen und mit deren Vermittlung Fabrikationsgeheimnisse der Kautschukindustrie zu erhalten.  
Wenn die Standpatrone die KGD als eine Spionzentrale verleumdet, so wird die Arbeiterkraft diese Beschimpfung empört zurückweisen, wie die infame Unterstellung, daß Mitglieder der KGD für irgendwelche Dienste, die sie der internationalen Arbeiterbewegung leisten, Gelder annehmen oder sich persönlich bereichern. Die deutschen Arbeiter sind viel zu eng mit dem Vaterland der Arbeiterkraft verbunden, sie sind bereit, dafür ihr Leben einzusetzen, ohne daß sie dafür einen Rubel nehmen. Die Arbeiterkraft wird die ganze Masche richtig einschätzen und sich angeheißt der verschärften politischen Unterdrückungen erst recht um die KGD, die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation des deutschen Proletariats ist.  
Reichsminister der KGD.

## Deffentlich: KGD-Bauarbeiterversammlung verboten

(Eig. Draht.) Magdeburg, 14. April.  
Das Polizeipräsidium teilt mit: In Nr. 85 der kommunistischen Zeitung „Tribüne“ ist für Montagabend eine „große öffentliche Bauarbeiterversammlung“ angekündigt. Diese Versammlung wird nicht von den Gewerkschaften bzw. von den Berufsorganisationen, sondern von der politischen roten Gewerkschaftsopposition (!) veranstaltet. Da diese öffentliche politische Versammlung nicht angemeldet worden ist, hat der Polizeipräsident diese gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten verboten.

## Großes Waffenlager bei einem Stahlhelmsregiment

Wie die „Aole Post“ am Sonnabend erfuhr, wurde Freitag nachmittags bei einem Generalmajor Hauptel, der dem Stahlhelmsregiment nachsteht, in Zehlendorf, Füßelstraße 7, ein riesiges Waffenlager beschlagnahmt. Es handelt sich nach unserer Information um etwa 50 Millionen Gewehre und eine große Anzahl Mörser und Granaten, die zu einem Teil sogar noch geladen (!) waren. Außerdem fand man eine große Menge von Gewehr- und Kugelmunition.

## Eine billige Geste

In Dortmund ist eine Rundgebung des Stahlhelms anlässlich des Volksfestens von der Polizei aufgelöst worden, nachdem bereits der größte Teil der Versammlung durchgeföhrt war. Die bürgerliche Presse schreibt, daß die Redner mehrere Male verwarnt wurden, weil sie die Regierung angriffen. Diese Aktion der Polizei ist eine Geste, denn bei Arbeiterversammlungen verwarnt man nicht erst lange, sondern läßt einfach die Rundgebung auf, oder läßt sie erst gar nicht stattfinden.

## Wilhelmshavener SA-Führer ausgeschlossen

In Wilhelmshaven wurde der SA-Führer W. Volkers aus der SA ausgeschlossen. Die liegebende Festlegung in der Wördertarife hat auch die Wilhelmshavener Ortsgruppe erlahit. Die ehrlichen Kämpfer gegen Kapitalismus und für den Sozialismus stehen über all zur kommunistischen Partei.

# Arbeiter von Polizei niedergeschossen

Weil er die „Hamburger Volkszeitung“ ansriel — Anreuerlicher Terror der Schönfelder-Polizei — Letzt die kommunistische Presse

Hamburg, 13. April. (Eig. Draht.)  
Nach wochenlangem Verbot erfolgen heute zum ersten Male wieder die „Hamburger Volkszeitung“. Tausende Arbeiter hatten eine große Demonstration der Zeitung durch Straßensperren übernommen, wobei es an einer Stelle zu blutigen Provokationen der Polizei kam. Ein Polizeibeamter verbot dem parteilosen Arbeiter Weinberger das Ausruhen der „Hamburger Volkszeitung“ und verurteilte ihn unter Anwendung rohester Gewalt, zu verhaften.

Als die umstehenden Arbeiter ihrer Empörung Ausdruck gaben, zog der Polizei die Gummistocke, schlug wehlos auf sie ein und ließ den Arbeiter Weinberger ohne jede Warnung hinterwärts nieder.  
Weinberger erhielt einen gefährlichen Beschuß und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Diese Brutalität der sozialdemokratischen Schönfelder-Polizei löste unter den Bewohnern der antiegenten Straßen eine ungeheure Empörung aus.

Die Brutalität der Schönfelder-Polizei wird nicht nur in Hamburg, sondern darüber hinaus in ganz Deutschland die fürmische Empörung auslösen. Gerade die „Hamburger Volkszeitung“, das mutige Kampforgan des revolutionären Proletariats, ist seit Monaten das Opfer einer heillosen Verbotswelle gewesen. Unmittelbar nach dem dritten Verbot, das sie als erste Maßnahme SPD-Schönfelders nach dem Mord an unserem Genossen Hennig wiederum traf, am ersten Tage ihres Wiedererscheinens, schloß ein Hamburger Polizeibeamter einen Arbeiter nieder, weil er die mehrerhörmene Zeitung ausruft. Die kommunistische Presse, die die neue Notverordnung mehr noch als das Sozialistische Republikanische in Ketten gelegt hat, die gezeugen ist, in jener „Stlavenfrache“ zu sprechen, über die einst Lenin unter dem Jargonismus sich so bitter beklagt hat und die er demnach für eine revolutionäre Notwendigkeit hielt, wird von Tag zu Tag mehr das Opfer des blinden Hasses der herrschenden Gesellschaft, die jede Aueßerung revolutionärer Bestimmung erstickt möchte.

Das revolutionäre Proletariat antwortet auf diesen Terror durch einen noch festeren Zusammenfluß, durch die aktive Unterstützung der kommunistischen Presse, der Bewegung im Klassenkampf, für den Sieg des Sozialismus.

## Arbeiterinnen — Arbeiterfrauen!

Die SPD bewilligt den Ranzertreuer;  
Die SPD stimmt für die Notverordnung;  
Die SPD lehnte die Kinderpeinigung ab;  
Die SPD läßt Verrat beim Kampf um Lohn und Brot, indem sie dem Sojns- und Unterdrückungsrecht zustimmt.

Ihr habt nichts gemein mit dem internationalen Frauentag der SPD.

Kämpft mit der SPD!  
Für Brot, Freiheit und Arbeit!

Gegen Notverordnung und Brüning-Diktatur, für ein Sowjetdeutschland!

# Bernichtende Wahlniederlage der faschistischen Diktatur in Spanien

Die Monarchie rüftet zum Entscheidungstampf — Belagerungszustand in Madrid

Madrid, 13. April. Die Gemeindevahlen in Spanien brachten eine vernichtende Niederlage der Monarchie und einen überwältigenden Sieg der republikanischen Kräfte. Von 47 Provinzparlamenten haben 43 mit großer Mehrheit für die Republikanten gestimmt.

Madrid ist in Madrid angekommen, um die Monarchie zu schützen. Neue Diktaturgerichte sind im Umlauf. Heute morgen erschienen seine Zeitungen, mit Ausnahme eines Regierungsblattes, das die Niederlage der Monarchie abschwächen sucht. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt.

In der Hauptstadt Madrid erhielten die Republikanten 85 000 Stimmen und 30 Sitze, die Monarchisten 34 000 Stimmen und 20 Sitze. In Barcelona wurden 40 Republikanten (davon 28 Katalanen) gegen 10 Monarchisten gewählt, in Valencia 32 Republikanten gegen 18 Monarchisten, in Saragossa 30 Republikanten gegen 17 Monarchisten, in Santandrea 25 Republikanten gegen 15 Monarchisten, in San Sebastian 28 Republikanten gegen 8 Monarchisten usw. Auch auf dem Lande haben die antimonarchistischen Stimmen starke Erfolge zu verzeichnen.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Spanien ist von großer internationaler Bedeutung. Die spanischen Volksmassen haben durch ihre Abstimmung ein vernichtendes Urteil über die faschistische Diktatur in Spanien gefällt. Wenn sie ihre Stimmen für die republikanischen Kräfte abgegeben haben, so nicht aus Vertrauen zu den republikanischen Kräften von der internationalen Arbeiterkraft, die sich als „Revolutionäre“ gebären, sondern aus Empörung und Haß gegen den jahrelang laufenden Druck der faschistisch-militaristischen Diktatur von Primo de Rivera bis zum Admiral Llaner. Die effektante Niederlage der monarchistischen Kräfte ist in Wahrheit eine vernichtende und Abfuhr für die militärisch-faschistische Diktatur.

Der Regierungserfolg werte ich natürlich in erster Linie gegen die kommunistische Partei aus, die in den größten Industriearbeitern Kandidaten aufgestellt hatte. Die für die kommunistische Partei abgegebenen Stimmen wurden zum Teil nicht ausgezählt.

Der Wahlausgang ist ein Signal, das einen neuen Abschnitt der Geschichte des revolutionären Kampfes in Spanien ankündigt.

# Die roten Landarbeiter stürmen an!

DB-Ortsgruppe tritt geschlossen zum roten Einheitsverband über — Zahlreiche rote Gutsräte gewählt

Roter Gutsrat in Krosigk

Salle, 14. April.  
Auf dem Rittergut Krosigk (Saalfeld) ist von der Gesamtschlesigkeit einstimmig ein roter Gutsrat gewählt worden. Die DB-Ortsgruppe ist liquidiert worden. Die gesamte Ortsgruppe tritt geschlossen zum Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter über.

roter Gutsrat gewählt worden. Dem roten Gutsrat gehört die Arbeiterin an. Die Besetzung war vorher schon erfolglos in der DB erbracht worden. Jetzt wird sie eine Ortsgruppe des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter bilden.

A. A. Auf dem Gute Petersdorf bei Landsberg, das eine Besetzung von 40 Landarbeitern und Landarbeiterinnen hat, ist ein

A. A. Nordhausen, 11. April. Die Betriebsratswahl für das Rittergut der Firma Schreiber & Sohn, Puffleben, ist abgeschlossen. Es war von Seiten der Arbeiter nur die Liste der KGD eingereicht und von den Angestellten nur eine Liste der Gutsrenten. Eine Wahl fand aus diesem Grund nicht statt.

## Neue Massenentlassungen in Leuna

Die Antwort: Massentreib am 1. Mai

Salle, 14. April.  
Trotz des mit Zustimmung der Walter, Tenagen und Konforten erfolgten Lohnraubs an den Leuna-Arbeitern, der unter der Masche einer Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich durchgeführt wurde, angeheißt um den im Betriebe lebenden Kollegen ihre Arbeitsplätze zu sichern, nehmen die Entlassungen in Leuna-Wert ihren Fortgang.

Der Betriebsrat legt sich aus vier Kandidaten der KGD und einem Gutsangehörigen zusammen.

Jetzt sind wiederum 50 Mann zur Entlassung gelangt, davon allein 11 Mann von dem verhältnismäßig kleinen Bau 39 (Reparaturwerkstatt der Gasanalt).

## So wirken die Notverordnungen!

(Eig. Draht.) Straßburg, 13. April.

Die Leuna-Proleten müssen sich klar darüber sein, daß diese Massenentlassungen weiter ihren Fortgang nehmen werden, wenn sie nicht die nötige Gegenwehr leisten. Halte gebieten werden.

Ein empörendes Terrorurteil fällt das heilige Schöffengericht gegen 21 angeklagte Reichsbannerleute, die vor einigen Monaten in einem schweren Zusammenstoß mit den Nazis anbanden verwickelt waren. Die Nazisbanditen hatten in Rügenberg einen Trupp Reichsbannerleute überfallen, wobei jedoch die Nazis einige blutige Köpfe erlitten. Die Angeklagten wurde zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 1 Jahr 3 Monate, insgesamt 9½ Jahre verurteilt. Von den Nazisstrahlen hand natürlich keiner vor Gericht.

Der 1. Mai ist die nächste Gelegenheit dazu. Demonstriert durch Massentreib am 1. Mai neben den allgemeinen Forderungen der revolutionären Arbeiter für eure Forderungen!

(Eig. Draht.) Königsberg, 13. April.  
In Reichshadt wurden fünf revolutionäre Arbeiter zum Klaffengericht in insgesamt 29 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie sich gegen Nazi-Provokatoren zu Wehr gesetzt hatten. Ein Genosse, der schwer mogete und lungenleidend ist und ein Jahr Gefängnis erhielt, wurde sofort verhaftet. Der von den roten Hilfe gestellte Rechtsanwalt hat gegen die Verhaftung des Genossen kürzesten Protest und gegen das gesamte Urteil Berufung eingelegt.

Gegen jede Entlassung! Für die alten Löhne, die vor dem Lohnraub gefahrt wurden! Für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

So wirken die Notverordnungen nur gegen Proleten, die sich gegen den faschistischen Terror wehren. Immer mehr werden den SPD- und Reichsbannerarbeitern bei diesen unerhörten Terrorurteilen der Klassenjustiz die Augen aufgehen über die Folgen der Politik der Unterstützung der Brüning-Diktatur durch die sozialfaschistischen Führer. Her zur roten Einheitsfront, hinein in die kommunistische Partei!

Denonstriert am 1. Mai für den Kampf um diese Forderungen bis zum Sieg!  
Leuna-Werke, die ihr morgen noch abstimmen könnt, beschließt geschlossen:

Massentreib am 1. Mai!

# Arbeiterdelegationen nach der Sowjetunion!

## Die Arbeiterdelegierten werden die Fälscher und Lügner brandmarken

Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bei ihren Verleumdungskampagnen gegen die Sowjetunion zu einem guten Teil auf die in der Sowjetpresse einen breiten Raum einnehmende Selbstkritik der bolschewistischen Partei und der wertvollen Massen stützt. Die menschenwürdigen Arbeiter leben davon, daß sie alle diese Verleumdungen der Selbstkritik „lammeln“ und in entsprechenden Weise „verarbeiten“. Einer der Hauptlieferanten für die sozialdemokratische und bürgerliche Presseflut ist der seitdem bekannte Peter Garman, der erst vor kurzem im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen das menschenwürdige „Amnionista“ und aus seinen Artikeln im „Nördlichen Arbeiter“ des Jahres 1918/19 als Interventionist in libellöser Sorte entlarvt wurde. Dabei hat seine Reputation als Journalist, „objektiver“ Berichterstatter bei den breiten Massen einen argen Stoß erlitten.

Herr Garman veröffentlicht diesmal in Nr. 12 der deutschen Wirtschaftsschrift „Wirtschaftsdiener“ vom 20. März einen Artikel über den Zustand und die Perspektiven des Transports in der UdSSR. Hier fällt er sich selbstverleumdend, wie immer, wieder in die Loge des „unbeteiligter“ und „objektiver“ Beobachters, in der er wiederum reichlich in der Sowjetpresse veröffentlichtes Material sowie Zitate aus Reden von Führern der UdSSR und ihrer Wirtschaft über den Zustand des Transportwesens verwendet. Freilich, er verwendet

# „Volksrevolution über Deutschland“

Die große Rede des Genossen Thälmann auf der Tagung unseres Zentralkomitees im Januar ds. Js. ist als Broschüre erschienen.

Sie enthält das grundlegende Material für die Einschätzung der gegenwärtigen Lage und die Aufgaben der Partei und der Arbeiterklasse. Sie ist notwendig für alle Funktionäre und Mitglieder der Partei.

Das Material und solche Zitate, die offensichtlich negative Einschätzungen betreffen, ohne die tatsächlichen Ertragseigenschaften und die Fortschritte, die bei der Überwindung der bestehenden, nie bestrittenen Mängel zu verzeichnen sind, zu erwähnen. Mit anderen Worten: Herr Garman fällt wieder einmal, wie es eben sein Beruf ist.

Wie liegen die Tatsachen? Die Sowjetöffentlichkeit hat nie einen Zweifel darüber bestehen lassen, daß im Transportwesen der Sowjetunion große Anstrengungen und Schwierigkeiten vorhanden waren, noch sind während des Kampfes ersten Rüstjahres 1931 hindurch wurde eine ernste Kampagne der Selbstkritik den vorhandenen Mängeln gegenüber und eine mit großer Begeisterung durchgeführte Aktion der wertvollen Massen zur Überwindung dieser Mängel durchgeführt.

Die rastlose Reorganisationsarbeit im Transportwesen, die die Arbeiterklasse der Sowjetunion im 1. Quartal 1931 geleistet hat, trug schon gute Früchte. So entwickelte sich der Frachtwagenverkehr der UdSSR, folgendermaßen (Güterverkehr nach dem 24-Stunden-Durchschnitt): Januar 38 700 Waggons, Februar 36 000 Waggons, März 44 000 Waggons. In der letzten Märzdefalte wurde sogar eine tägliche Verfrachtung von 48 000 Waggons erzielt. Die Zahl der während der Fahrt ausgefallenen Lokomotiven sank von 164 in der ersten Februardefalte auf 77 in der dritten Märzdefalte. Die Zeit der nicht für den Bahnverkehr bereitgestellten Lokomotiven sank von 413 in der ersten Februardefalte auf 183 in der letzten Märzdefalte.

Das sind Fortschritte, die durch die gemeinsame Energie der wertvollen Massen durch die Selbstkritik und Kontrolle erzielt wurden und die den Beweis dafür liefern, daß die Sowjetunion die bestehenden Schwierigkeiten in einer bestimmten Frist zu beseitigen imstande ist.

Die beschleunigten Erweiterungen der technischen Basis des Eisenbahnwesens (Vergrößerung des Wagens- und Lokomotivparks, Rekonstruktion des Unterbaus, Einführung neuer Kuppelungen und Bremsvorrichtungen, Mechanisierung der Güterbahnhöfe, des Umschlagwesens usw.), ferner die energisch geförderte Heranbildung neuer Ader, die Verbesserung der materiellen Lage des Personal (durchschnittlich zehnprozentige Lohnsteigerungen usw.), alles das wird in kürzester Frist dazu beitragen, daß das Transportwesen der Sowjetunion den wichtigsten Aufgaben, wie sie sich aus dem fünfjährigen Tempo des sozialistischen Aufbaus ergeben, voll und ganz gewachsen sein wird.

Die Arbeiter der kapitalistischen Länder, die zum 1. Mai 1931 eine neue Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion entsenden, werden sich durch ihre Delegierten davon überzeugen können, daß der sozialistische Aufbau auch im Transportwesen gewaltige Fortschritte macht, daß sich die materielle und kulturelle Lage der Arbeiter im Transportwesen genau so wie in der gesamten übrigen Volkswirtschaft der Sowjetunion in schnellem Tempo bessert.

Die Antwort auf die Fälschungen Garman's muß sein, in allen Großbetrieben Deutschlands die Arbeit von Delegierten zum 1. Mai nach der Sowjetunion mit aller Energie zu betreiben. Herrn Garman zum Trotz: Zum Internationalen Kampftag, zum 1. Mai Dugene neuer Arbeiterdelegierter ins Land des sozialistischen Aufbaus!

\*) Anfragen über die Delegation, ihre Finanzierung usw. beantwortet der lokale Komitee der KPD, sowie des Bundes der Freunde der Sowjetunion und dessen Zentralkasse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 77.

Moskau, 12. April. Die russisch-chinesische Konferenz hat gestern ihre Arbeiten beendet aufgenommen. Die chinesische Delegation ist durch eine Reihe von technischen Sachverständigen ergänzt worden, die zusammen mit dem bevollmächtigten Vertreter Chinas auf der Konferenz, Wotshui, erst kürzlich hier eingetroffen sind.

# Urteil im Warschauer Attentatsprozeß

## Das Gericht tat alles, um die sowjetfeindlichen Hintergründe der Polesanski-Affäre zu vertuschen

Warschau, 13. April. In dem Prozeß gegen den Bombenleger Polesanski, der das Attentat gegen die Sowjetgesandtschaft verübte, wurde heute das Urteil gesprochen. Polesanski wurde wegen Anschlags auf das Leben der Mitglieder der Sowjetvertretung und wegen Sprengstoffvergehens zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine Beurteilung des Attentats Polesanski war nach der Aufdeckung des Anschlags nicht zu umgehen. Das Urteil ändert aber nichts an dem propagandistisch-sowjetfeindlichen Charakter dieser ganzen Prozeßkomödie.

Die als Zeugen vernommenen militärischen Sachverständigen mußten die Legende des „demonstrativen Charakters“ des Attentats zerstreuen. Oberst Zibulski, der ein allgemeines Gutachten abgab, stellte fest, daß die Leutungen der Höllemalchne Bombe wäre, — wenn sie nicht rechtzeitig entdeckt worden — unbedingt explodiert und daß in der Bombe befindliche Schrapnellkörner hätte durch den im Schornstein entstehenden Aufwind eine dynamische Wirkung gehabt.

Die politische Seite des Prozesses wurde in der Verhandlung vollkommen vertuscht, abgesehen von einzelnen unvollständigen Äußerungen des Angeklagten gegen die Volkswirtschaft und die Sowjetmacht.

Das Gericht hat überhaupt die Bemerkung von allen Tathäufigen begehrt, die irgendwie die Entdeckung der wirklichen Organisatoren des Attentats hätten herbeiführen können.

Der dreitägige Prozeß zeigte unübersehbar, daß das Interesse führender polnischer Kreise an der Polesanski-Affäre außerordentlich groß ist. Wenn es auch notwendig sein wird, den Prozeß auf gewisse Gründe zu beschränken, so wird das

Wesen des Prozesses dadurch keinesfalls geändert. Im Namen der Intervention gegen die Sowjetunion wird man noch größere Opfer bringen.

# Eine Provokation!

Die Sowjetpresse verweist darauf, daß die Verhandlungen im Warschauer Prozeß in der Atmosphäre verlaufen, die sie vorausgesehen hat. Bereits nach dem ersten Verhandlungstag trat die Arbeitsstellung zwischen dem Gerichtsaal und der Presse zutage. Der „Kurier Kowca“ ist besonders bemüht, dem Prozeß einen internationalen Charakter zu verleihen, wobei er die Art dieser Arbeitsstellung verrät. Der Gerichtsberichtende und der Staatsanwalt leiten die Verhandlungen vom Standpunkt der Vermeidung der „Gefahr diplomatischer Komplikationen“, während die Presse, besonders die Boulevardzeitungen, die nicht betrieblieh sind, dieser „Gefahr“ Bedeutung zu tragen — den Prozeß zu einer sowjetfeindlichen Angelegenheit auszusprechen. Hinter dieser äußeren Arbeitsstellung zwischen Presse und Gericht ist jedoch die gemeinsame Linie, die für den Prozeß vorgezeichnet wurde, zu erkennen.

Das Gericht und die Presse unterdrücken hartnäckig jeden Versuch der Aufdeckung und Enttarnung der Hinterzimmer und Inspizienten Polesanski, Staatsanwalt, Richter, Rechtsanwältin, sonstige Journalisten arbeiten Hand in Hand zusammen mit Polesanski selbst, um die finsternen Kräfte zu verheimlichen, die Polesanski zum terroristischen Akt angehalten haben. Offenbar sollen diese sowjetfeindlichen Kräfte strallos ausgehen, d. h. zu neuen sowjetfeindlichen Aktionen bereit stehen. Die Regisseure des Polesanski-Prozesses sind offensichtlich bestrebt, ihn zu einem Akt der sowjetfeindlichen Kampagne in der Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion zu machen.

# Revolutionärer Sturm über Portugal

## Die Armeen gehen zu den Aufständischen über — Kundgebungen gegen die Diktatur Carmona

L. London, 13. April. Zuverlässigen Berichten von der portugiesischen Grenze zufolge haben verschiedene Provinzregimenter, darunter auch Fliegertruppen, gemeinsame Revolutionäre Truppen sind in Beira und Saldao bei Coimbra zusammengelassen. In D. Porto haben am Sonnabend und Sonntag regierungsgesindliche Kundgebungen stattgefunden. Truppen patrouillieren in der Straßen aller größeren Städte.

Die Aufständischen in Madeira haben in ihrem Nachrichtenblatt die Bildung eines Kabinetts bekanntgegeben mit dem obersten Freira als Ministerpräsidenten und Oberst Mendes de Almeida als Oberbefehlshaber. Sie haben das von Madeira liegende Kanonenboot „Alba“ angefordert, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen. Das vor den Azoren liegende Kanonenboot „Tamao“ ist zu den Aufständischen übergegangen.

Nach Berichten von Helfenden, die aus Madeira in Lissabon eingetroffen sind, haben die Aufständischen Madeira zur selbstständigen Republik unter dem Namen „Alantida“ proklamiert.

Der Korrespondent der „Morning Post“ in Lissabon berichtet, daß die Garnisonen der portugiesischen Kolonie Angola an der Westküste Afrikas sich der Aufstandsbewegung angeschlossen hätten.

Der portugiesische Kreuzer „Basco da Gama“ und das Kanonenboot „Limpo“ haben Lissabon mit dem Auftrag, nach den Azoren zu gehen, verlassen. Die Regierung hat beschlossen, weitere Truppen zu einer Strafexpedition nach Madeira zu entsenden. Sie hat den Dampfer „Alantida“ für Truppentransporte bereitgestellt. Der britische Kreuzer „Gardiner“ in Gibraltar hat Auftrag erhalten, sofort nach Lissabon in See zu gehen, um „die britischen Interessen in Portugal zu schützen“.

# Deutsch-französische Front gegen die Sowjetunion

## Eine zynische Einladung des französischen Imperialismus an die Brüningregierung

Paris, 13. April. Der bekannte französische Senator Henry de Jouvenel veröffentlicht im Aprilheft der „Revue des Deux Mondes“ einen umfangreichen Artikel, in dem er sich mit den deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt. Jouvenel entwickelt den Gedanken, daß das heutige Deutsche Reich vollkommen auf Kredite angewiesen sei, da die innere Kapitalbildung nicht mit der überhöhten Inflationierung Schritt gehalten habe.

Während nur die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens die Kreditfähigkeit Deutschlands erneuern könne, sei es scheinbar dazu verdammt, Währungsfragen gegen sich zu lösen. Heute sei es der bolschewistische „Kunsthändler“, auf den die deutsche Industrie spekuliere und an den sie ihre Hoffnung knüpfe. Das deutsche Reich trage einen Teil der schmerzlichen Verantwortung an der industriellen Aufschwüchung der bolschewistischen Republik, da es die russische Zahlungen bis zu 70 v. H. garantierte. Frankreich dürfe sich darüber allerdings nicht entäußern, da auch das französische Marineministerium seinen Petroleumbedarf aus der Rationierung decke, ohne sich um die Tatsache zu kümmern, daß die Handelsbilanz Sowjetrußlands dadurch gehoben werde.

Selbstfalls sei es geradezu tragisch, zu beobachten, wie der deutsche Kapitalismus seine eigene Existenz untergrabe, indem er dem feindlichen Kommunismus Vorschub leistet.

Man werde sich bemühen müssen, Deutschland vor Sowjetrußland zu schützen, da der Zusammenbruch des Reiches nicht unmöglich sei. Seine Sturz aber würde den Zusammenbruch der europäischen Zivilisation bedeuten. Es, Jouvenel, möchte die deutsch-französische Annäherung, seine jedoch solange nicht fest an sie glauben, als Deutschland nicht an einer gemeinsamen europäischen Abwehrpolitik gegenüber Rußland teilnehme.

Der Senator de Jouvenel ist kein unbeschriebenes Blatt und nicht irgendeiner unter den französischen Politikern. Er ist einer der Hauptexponenten des sowjetfeindlichen Kurses der französischen Außenpolitik. Seine zynische Einladung an Deutschland, der Kriegsfront gegen die Sowjetunion beizutreten, stellt ein Wert auf die diplomatische Hilfe des Auslands, selbst einem offiziellen Schritt der französischen Regierung gleich.

# Der Sozialismus entfehelt die Wissenschaft

## Die Tagung der Sowjetwissenschaftler beendet

Moskau, 13. April. Die erste Unionskonferenz für planmäßige Organisierung der wissenschaftlichen Arbeit ist beendet. Die Konferenz hat die Grundlagen zur planmäßigen Organisierung der Arbeit der Wissenschaftler, der Forschungstätigkeit und des Ausbaus des Erfindertums der Massen in der Sowjetunion ausgeprochen.

In der Schlußsitzung der Konferenz sprach der Vorsitzende des Rates der Volkswirtschaftler, Genosse Nostow. Das Haupt der Sowjetregierung wurde mit lang anbauendem förmlichem Befehl begrüßt.

Bei der Schließung der Konferenz wurde einstimmig ein Aufruf an alle Staats- und Parteiführer der ganzen Welt angenommen, in dem diese aufgefordert werden, das einzige Land des Sozialismus, das die Wissenschaft von dem verfaulenden kapitalistischen System befreit hat, zu verteidigen. Mit großem Enthusiasmus nahm die Konferenz diesen Aufruf an.

# Streitverhärterung in Norwegen

## Die Drucker treten in den Sympathiestreik

Oslo, 13. April. Im norwegischen Arbeitskampf steht eine beträchtliche Verhärterung der Lage bevor, so daß man damit rechnen muß, daß die Zahl der Ausgewanderten und Streikenden mindestens 100 000 Mann betragen dürfte.

Am Sonntag haben die Seher und Drucker der bürgerlichen Zeitungen beschlossen, in den Sympathiestreik zu treten. Da bereits der größte Teil der Fröningzeitungen nicht mehr erscheint, würde dann überhaupt keine Zeitung in Norwegen erscheinen können.

Dr. Kangoon, 13. April. Auf den englischen Militärgouverneur Hauptmann Hoanon ist von einem Inzident ein Revolverattentat verübt worden. Der Attentäter gab drei Schüsse auf den Militärgouverneur ab, von denen einer traf. Die Verletzungen sollen nicht schwerer Natur sein. Der Attentäter konnte entkommen. Einzelheiten über das Attentat stehen noch aus.



# Aus der Arbeit der R.G.C.

## Bauarbeiterkampffront steht

### Alle Bonzenmanöver zur Abwägung des Streiks verpuffen wirkungslos

Aus Delfisch wird uns berichtet:  
 U.A. Wiederum tagte eine Bauarbeiterversammlung, um einen Streit über die übliche Ange entgegenzunehmen. Dabei wurde festgestellt, daß die Bonzokratie nichts Eiligeres zu tun hatte, als den Erfolg zu unternehmen, die Bauarbeiter für den Berliner Schiedsgericht einzulassen. Besonders war es Hampe (RSD) in seiner Eigenschaft als Stadtrat und Mitglied der Stadtkommission, der erwidern war und sich mächtig ins Zeug legte. Er hat mit den Unternehmern über den Lohnarif verhandelt, um die fälschlichen Bauten fertigzustellen. Die Unternehmer erklärten sich bereit, für die fälschlichen Bauten 1.08 M. an Lohn zu zahlen, für Arbeiterbauten 1.10 M. an Lohn zu zahlen. Der Bonze Hampe (RSD) hatte dem Beschluß zugestimmt. Enttäuscht darüber, daß man ohne Befragen der Kollegen diese Verhandlungen geschlossen hatte, zeigten unsere Kollegen klar und deutlich auf, daß man drauf und dran ist, die Kollegen zu verraten und zu verkaufen. Nur unter Führung der RSD ist es möglich, den Streik zum Siege zu führen. Einmündig, wegen weniger Stimmabstimmungen, wurde beschlossen, den Streik bis zum Siege durchzuführen, für einen Stundenlohn von 1.19 M. zu kämpfen und keinen Lohnabbau hinzunehmen. Eine Streikleitung von sechs Kollegen wurde einstimmig gewählt. Es kommt darauf an, alle Kollegen fest in der Kampffront zu verankern, daß alle Bonzenmanöver stets wirkungslos verpuffen!

### Bauarbeiterstreik auch in Weissherde

Wir jagen Streikbrecher, daß sie die Schulhöfen vertieren...  
 U.A. Die Baufirma Oht & Walterodt in Weissherde hat die Bauarbeiter ausgeperrt. Wer zu den neuen Lohnbedingungen (Lohn 75 Pf. und Hilfsarbeiter 60 Pf. pro Stunde) arbeiten will, soll sofort wieder anfangen. Die Bauarbeiter aus allen Bereichen von Weissherde antworteten auf diese Zeremonien jedoch, daß sie geschlossen in den Streik traten. Die Kampffront steht fest und unerschütterlich.  
 Nur ein Streikbrecher war vorhanden. Der Mann Karl Hute es Büttchen. Er hatte sich zur Arbeit angemeldet, was besorgens aus dem Bauplatz erschienen. Die Streikfront erklärte, daß er nicht arbeiten dürfe. Trotzdem nahm er zur Arbeit auf, darauf wurde er von den Streikenden von der Baustelle gefahren, und wenn er nicht schnell verschwunden gesehen wäre, hätte er „eine Wand“ besorgen. Ein Kollege rief dem Büttchen nach: „Wir jagen Streikbrecher, daß sie die Schulhöfen vertieren...“

### Unter „Rot-Front“-Rufen rückt ein Bonze vor den Ammendorfer Bauarbeitern

U.A. In Ammendorf fand eine Bauarbeiterversammlung des RSD statt zu weider der Sozialist Hübner erschienen war. Von bei der Gründung der Kampffront ist es sich, daß die Bauarbeiter von Ammendorf erkannt haben, daß diese Führer nichts hat mit der Vertretung der Arbeiter zu tun haben. Aus der Mitte der Versammlung wurde ein Antrag eingebracht, daß man Hübner nur dann sprechen lassen sollte, wenn er zugleich Mitglied der Kampffront der RSD das Wort ergäube. Hübner gab hierauf folgende Erklärung:  
 „Wir haben zu bestimmen und nicht die Mitgliedschaft. Wer sich den Anordnungen des Verbandes nicht fügt, wird ohne weiteres ausgeschlossen.“  
 Dieses pronotatorische Verhalten läßt unter den Mitgliedern des Verbandes eine ungeheure Empörung aus. Die Kollegen wollten wissen, was der Bonze zu verpuffen hatte und so forderten sie, daß

der Vertreter der RSD auf alle Fälle im Saale verbleiben sollte. Der Sozialist Hübner gab daraufhin eine unklare Erklärung ab, daß er es ablehne, vor den Versammlung zu sprechen. Er mußte unter „Rot-Front“-Rufen den Saal verlassen (1).

Die Versammlung wurde von der revolutionären Gewerkschaftsopposition übernommen. Der Vertreter der RSD kennzeichnete treffend das Verhalten der Bonzen als „Kollaboration“. Die reformistischen Gewerkschaften erließen eine Erklärung zu dem jetzigen Bauarbeiterstreik. Während sie in den Versammlungen der Arbeiterchaft rief, sich unter keinen Umständen einem Lohnabbau zu fügen, verhandeln sie das Spiel der Bauarbeiter auf schäblichste Art und Weise. Die Bauarbeiter müssen erkennen und begreifen, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer keinen Kampf wollen, sondern sie die Kollegen in die Falle der Lohnabbau hineinführen. In Ammendorf muß sich die Parole der fälschlichen Bauarbeiterchaft zu eigen machen und den Streik aus an ihrem Orte auf einer dreier-terten Grundlage zum Austrag bringen. Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist die einzige Organisation, die den Kampf gegen den Lohnabbau konsequent führt.

### Dringende Mahnung an die Belegschaft der „Eigene Scholle“

Die Industriegruppenleitung Bau der RSD hat ein Flugblatt an die Belegschaft der „Eigene Scholle“, Halle, herausgegeben, in dem es u. a. heißt:

In allererster Linie müssen sich jedoch die Kollegen der noch nicht streikenden Bauten zur aktiven Solidarität mit ihren kämpfenden Kollegen aufreizen und unter den Forderungen der RSD in den Streik treten. Dies trifft ganz besonders für die Belegschaft der „Eigene Scholle“ zu. Es muß endlich mit der irrigen Auffassung gebrochen werden, daß die „Eigene Scholle“ eine Sonderstellung im Kampfe zwischen Arbeit und Kapital einnimmt. Eine Genossenschaft

### Sowjetrußland braucht 1931

2 Millionen Industriearbeiter mehr. — Der Fünfjahresplan sieht.

### In Deutschland fordern die Unternehmer

mehr Zwangsarbeit und Lohnsenkung. — Bauarbeiter und Landarbeiter im Streik!

Wir rufen!

### Öffentliche Versammlungen

am Freitag, dem 17. April, 20 Uhr, im „Wintergarten“ und im „Gesellschaftshaus“. — Es sprechen

Friz Hedert, M. d. R., Berlin, Reichsführer der RSD  
 Willy Dolgner, Halle, Bezirksführer der RSD

Eintritt 20 Pfennig. — Freie Aussprache.

APD Halle.  
 Bezirkskomitee der RSD.  
 Die Vertrauensleute der Betriebe von Halle.

im Kapitalismus hat mit Gemeinnützigkeit nach kommunistischem Prinzip nichts zu tun. „Gemeinnützigliche Seilungsgeoffenheiten“ haben im kapitalistischen System genau so wenig etwas mit Kommunismus und Sozialismus zu tun wie die sogenannten „Sozialen Bauhütten“ unfeigen Angebotsens.

Die Kollegen der Bauhütte „Eigene Scholle“ verkaufen genau so wie alle anderen Arbeiter ihre Arbeitskraft an den Unternehmer, der hier nur in anderer Form eben als Seilungsverband, verkörpert durch die Geschäftsführung, vor ihnen steht. Infolgedessen haben sie auch die unbedingte Pflicht, ihren anderen Kollegen gegenüber Solidarität zu üben und mit ihrer Arbeitskraft keine Schmutzhandlung zu treiben, wenn diese für ihre Forderungen im Streik stehen.

Für die Belegschaft der „Eigene Scholle“ tritt diese Pflicht vor so mehr dringend in den Vordergrund, weil dieser Betrieb in seine an den größten Baubetrieb gehört und damit ausschlaggebende Bedeutung hat. Dieser Bedeutung ist sich jeder ein gewisses Zeit der Belegschaft nicht bewußt. Hauptächlich fordert das Verhalten der Maurer zur härtesten Kritik heraus. Hier ist nach wie vor kein in der letzten Belegschaftsversammlung, in der die Kollegen der kommunistischen Betriebszelle und der RSD die Forderungen auf

Beibehaltung des bisherigen Stundenlohnes von 1.28 M. und Nichtanerkennung des kommenden Jahrespreises aufstellen, und beschlossen wurde bei Lohnung, die diese Forderungen in den Streik zu treten.

spleiten hauptsächlich die Maurer die unermüliche Rolle des Streikführers, indem sie sich in der Diskussion bedingungslos verpflichten, sich jeder Anordnung von Brauns, also der Gewerkschaftsleitung, zu unterordnen!

Kollegen! Wollt ihr euch mit der schmachvollen Rolle unfeindlicher Aufschoten begnügen, vor einem schmutzigen Jahrespreises die Hände an die Hosennäht zu legen?

Wenn ihr dies nicht wollt, dann reißt euch in die Kampffront der revolutionären Bauarbeiterkollegen, kämpft mit für die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition, denn dieser Kampf dient auch eurem eigenen Interesse!

### Nun aber aktivierte RSD-Arbeit auf Bauhammer

U.A. Die Betriebsratswahlen im Bauhammerwerk von allen Proleten im Ländchen mit Spannung erwartet. Interessierte auch die Direktion ganz gewaltig. Schon beim Stimmenzählen schielte Herr Dostemper nach den zwei Stimmzettelplättchen. Das Ergebnis der Wahl brachte 6 reformistische Betriebsräte und 3 Betriebsräte der roten Einheitsliste. Das „Volksblatt“ machte aus der 6 eine 8, damit die RSD nicht merken sollten, daß wenn auch langsam, ihr Einfluß wachsend. Bei den fast 700 Entlohnungen im letzten Jahr wurde insbesondere der größte Teil der oppositionellen Kollegen aus dem Betrieb entfernt und trotzdem verloren die Reformisten einen ihrer Getreuen im Betriebsrat! — Und hätten jetzt die Arbeiter gemerkt, was dem Betriebsratsvorsitzenden im Bauhammerwerk der Wahl bekannt war, daß den im Stundenlohn bedrückten Kollegen der Lohn gekürzt wurde, dann dürfte wohl kein anderes Ergebnis herausgekommen sein. Jetzt sind die Kollegen, daß mit einer „vernünftigen“ reformistischen Forderung zu erreichen ist, mächtig erheitert.

Was ist jetzt notwendig? Die RSD Betriebsgruppe zu stärken, rote Vertrauensleute in allen Abteilungen zu stellen, alle Vorarbeiten zum Kampf schaffen, jede Kleinarbeit leisten, alles zum Streik mobilisieren.

### Werbt für den „Klassenkampf“

**JOSETTI**

**JUNO**

Deutschlands meistgerauchte Cigarette %

Einheits-Packung 40



Dienstag, den 14. April 1931.

## Durch den 2. Mann nach Tirol

Die großen und kleinen Fragezeichen, die in den SPD-Zeitungen in der letzten Zeit schwebten, haben den heiß ersehnten zweiten Mann nicht gebracht. Die sozialdemokratischen Kräfte haben deshalb lange hin und her überlegt, was man wohl machen könne, um den zweiten Mann endlich zu angeln. Da war natürlich guter Rat teuer. Schließlich kann man doch auf den richtigen Fischer und lagte sich Fragezeichen allein tuns freilich nicht. Zugkräftiger Brevier und Köchlein tun mal.

In Leipzig sind die SPD-Männer auf den fabelhaften Gedanken gekommen, das Geschrei nach dem zweiten Mann in Berlin zu schänden und in eherner Töne zu fallen. Vertonung des zweiten Mannes, das ist das Richtige. Die Melodie soll Wunder wirken, weshalb die „Republik“ die „Halle“ das schöne Gedächtnis vom (Vorort-)angehenden und nicht mehrzufindenden zweiten Mann auch auf der Hauptseite veröffentlichen. So werden nun die SPD-Kräfte bei allen Anlässen die „jüngste Melodie“ vom zweiten Mann in die Welt zu schmettern. Die zweiten Mann sollen dann in Scharen wie die Vögel beim Rattenfänger angelaufen kommen. Aber je mehr man sich auf den Weg macht, desto mehr kommen. Aber je mehr man sich auf den Weg macht, desto mehr kommen. Aber je mehr man sich auf den Weg macht, desto mehr kommen.

In Halle hat man von einer Vertonung des zweiten Mannes vorläufig noch Abstand genommen. Man erwägt den Plan einer Besichtigung. Aber es stellt sich die geeignete Stelle und der Regisseur. Als erstes hat man deshalb den besten Werber, den den zweiten Mann bestimmt bringt, eine vierwöchige Reise nach Tirol in Aussicht gestellt. Vier Wochen nach Tirol so was läßt sich nicht gefällig, lagte sich der brave SPD-Mann Hinz und meinte sich auf den Weg. Und in der Zeit — Peters Franz, Aug. Leuchter, Hinz brachte den zweiten Mann angehepelt. So, sogar noch mehr. So hat „Genosse Hinz“ den Gastwirt Sch. — und da die Gelegenheit vielleicht gerade geboten war — den Vorhänger des Buchdruckerverbands „Halle“ in Halle genommen. Hinz — der zweite Mann ist — frage ich in der SPD. Und Hinz freut sich schon königlich auf seine Reise nach Tirol.

Der geradezu durchschlagende Erfolg, den der brave Hinz auf Grund der verpönten Tirolreise bei der Jagd nach dem zweiten Mann errang (bei Riebenlaß soll es die Fähigkeit gefordert haben), hat der Bezirksvorstand der SPD veranlaßt, eine Reihe anderer Besichtigungen in Aussicht zu nehmen. So soll der nächstbeste Werber Gelegenheit erhalten, gratis das Arbeitszimmer des Vertreters Schaumburg zu besichtigen. Ein anderer darf mit Stadtrat Dörs eine Autotour in die nähere Umgebung von Halle unternehmen. Der dritte wird von Gottlieb Kasperel zur nächsten Sparpartei eingeladen um sich (Man sieht, die SPD ist bemüht, ihre Möglichkeiten zu tun. Der zweite Mann muß geholt werden, tolle es was es wolle. ... Aber alle schönen SPD-Melodien und Tirolerweisen werden ihn nicht herlocken (die Riebenlaßer ausgeschlossen). Die ehrlichen und hellsehenden Arbeiter gehen zur kommunistischen Partei!

## Aus Not in den Tod

Wir berichten vor ein paar Tagen über den Selbstmord eines Arbeiteres. Er wurde von einem anderen Arbeiter durch ein Messer verletzt. Er starb an den Verletzungen. Er wurde von einem anderen Arbeiter durch ein Messer verletzt. Er starb an den Verletzungen. Er wurde von einem anderen Arbeiter durch ein Messer verletzt. Er starb an den Verletzungen.

## Motorradfahrer überfährt eine Frau

Am Sonntag mittag wurde in der Reiffstraße eine Frau von einem Motorradfahrer überfahren. Die Frau wurde schwer verletzt. Der Fahrer wurde ebenfalls verletzt. Die Polizei hat den Fahrer verhaftet. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Fahrer wurde freigelassen.

## Selbstmordversuch mit Kattengift

Am 11. April 1931, gegen 1 Uhr, verlor sich in einem kleinen Lokal ein 32jähriger Mann mit Kattengift zu vergiften. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Er wurde geheilt.

# Für wen die Notverordnungen geschaffen wurden

Der Polizeipräsident von Halle bespricht: „Die RGD ist eine politische Organisation — Alle Bestimmungen der RGD unterliegen der Notverordnung“

Wie leitens der Behörden die neuen Diktatorverordnungen ausgelegt werden, das zeigt folgender Vorfall, welcher sich am Freitag den 10. April, in Halle zugetragen hat.

Der Bezirks-Erwerbslosenrat hat für Sonnabend, den 11. April eine Erwerbslosenversammlung geplant, die im Saal der Produktivität stattfinden sollte. Um die Erwerbslosen auf diese Versammlung hinzuweisen, hatte der Erwerbslosenrat eine Broschüre ausgearbeitet, in dem als Tagesordnungspunkt die Zusammenkunft am 11. April in der Städtischen Verwaltung angegeben wurde. Da nun die Notverordnungen belegen, daß politische Versammlungen 24 Stunden vorher der Anmeldung bedürfen und nur Flugblätter politischen Inhalts den Notverordnungen unterliegen, hatte der Erwerbslosenrat sich selbstverständlich davon abgesehen, diese Erwerbslosenversammlung anzumelden. Er mußte sich aber recht bald eines anderen behelfen. Kaum daß die ersten Handzettel unter den Erwerbslosen zur Verteilung gelangten, wurde einem Genossen mitgeteilt, daß er die Verteilung sofort einstellen solle und sich auf das Polizeiamt zu begeben solle. Dort angekommen, wurde er folgendermaßen verhört: „Warum haben Sie die Versammlung, bzw. das Flugblatt, nicht angemeldet?“ Antwort: „Wollen Sie so freundlich sein und mir den Wortlaut der Notverordnung noch einmal vorlesen. Erwerbslosen sind keine politischen Versammlungen.“ „Dann ist das eine Sache ein, man war in keinerlei Hinsicht in der Lage, diesen falschen Beweis zu erbringen. Aber wozu hat Halle denn letzten Endes einen Polizeipräsidenten? Dieser mußte einen Beweis schaffen. Und er hatte ihn auch bald gefunden. Er ließ der Revolutionäre Gewerkschaftsopposition als politische Versammlung anzusehen und in folgedessen den Notverordnungen unterworfen sind. Als unser Genosse erklärte, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition eine wirtschaftliche Organisation darstelle, die es sich zur Aufgabe

# Hat Halle Sorgen?

Arbeiter, Frauen, Steuerzahler, Mieter, Erwerbslose, Angestellte, Beamte, Gewerbetreibende! Darüber gibt es gründliche Auskunft in einer

## Öffentlichen Aussprache heute abend 20 Uhr im „Zoo“

Von der Gegenseite sind aufgefordert zu sprechen:

- Oberbürgermeister Dr. Rixe;
- Finanzdirektor Dr. Wang;
- Stadtverordnetenvorsteher Walle;
- Stadtverordneter Matz (Kommunist);
- Stadtverordneter Gagnon (Halle-Block);
- Stadtverordneter Peters (SPD).

Von uns sprechen:

- R. Koenen, M. d. R., Mitglied des Preussischen Staatsrats;
- E. Schulz, Fraktionsführer der kommunistischen Stadtverordneten.

Eintrittspreis 30 Pf.

Erwerbslose 20 Pf.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion Halle

# Utteste gefällig? — Telephonischer Anruf genügt!

So werden Versicherterinteressen „geschützt“

Die Staatsanwaltschaft in Halle hat das Verfahren gegen den DR-Direktor Wang und den Angestellten Lausch wegen Verleumdung gegen 14 RGD eingestellt. Die kommunistischen Vorstandsmitglieder der DR haben heute in den Vorhänger des Versicherungsamtes folgendes Schreiben gelangt:

Halle, den 13. April 1931.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Rixe,  
Vorhänger des Versicherungsamtes der Stadt Halle

Halle a. d. S.

Wie die unterzeichneten Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle durch die Hallische Lokalpresse erfahren, hat die Staatsanwaltschaft in Halle a. d. S. das Verfahren gegen den Verwaltungsdirektor Wang und den Angestellten Lausch von der Allgemeinen Ortskrankenkasse wegen unfugiger Offenbarung der wesentlichen in amtlicher Eigenschaft über die Krankheit einer Versicherten bekannt geworden ist, eingestellt.

Die Unterzeichneten erblicken in dieser Maßnahme eine Missachtung der Interessen der Versicherten gegenüber den Angehörigen und des Generaldirektors Dr. Wang und des Stadtrates Dörs. Das Vertrauen der Versicherten in die öffentlichen Sozialversicherungsanstalten muß vollkommen schwinden, wenn den Angestellten der Versicherungsanstalt gestattet sein soll, ärztliche Urteile, die im Wege von der Kasse in Original abgegeben, wie die Akten im Falle Lambertini zu veröffentlichen. Die Versicherten haben das allergrößte Interesse daran, daß gerade die Arbeitgeber über den Gesundheitszustand der von ihnen Beschäftigten in keiner Weise in Kenntnis gesetzt werden. Der Schutz der Versicherten gegen das Interesse der Versicherten Tür und Tor und ermuntert die Unternehmer geradezu, sich aus der bereitwilligsten Quelle bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse die gewünschten Informationen zu verschaffen. Der Schutz der Versicherten gegen das Interesse der Versicherten Tür und Tor wird durch die Einmündung der Staatsanwaltschaft aufgehoben. Die Unterzeichneten erwarten von Herrn Oberbürgermeister als dem Vorhänger des Versicherungsamtes in Halle, daß er das Interesse der versicherten Bevölkerung gegenüber an einer Beschleunigung der Untersuchung der Angelegenheit der Sozialversicherungsanstalt ebenfalls bekannt werden, durch eine Beschwerde beim Generalstaatsanwalt gegen die Einstellung des Verfahrens energig wahrnimmt.

Die Unterzeichneten werden von sich aus durch eine Beschwerde bei den zuständigen Ministerien und auf parlamentarischem Wege den Schutz der Interessen der Versicherten fordern.

Karl Lüttich, Breite Straße 17, Alfred Wandermann, Ludwigsstraße 21, Josef Sorneski, Schmiebrücke 33, Karl Montag, Büchelstraße 5, Otto Reichardt, Schloßstraße 12.

Das „Volksblatt“ nimmt die Last der Niederlegung des Verfahrens zum Anlaß, von einer „Blamage“ der Kommunisten und von „kommunistischen Denunzianten“ zu reden. Wer also die Interessen der Versicherten gegen Unternehmer versteht, ist in den Augen der sozialdemokratischen Schmierfinken ein Denunziant. Wir sind der selbstlosen Überzeugung, daß die Last der Niederlegung des Verfahrens für Wang und Lausch keineswegs entfällt, sondern eher die ist, wenn diese Herren so „unschuldig“ sind, warum tun sie dann nicht das beste und klügste, was es in einer solchen Situation für sie geben kann, warum haben sie sich nicht auf die Eröffnung des Verfahrens in Halle beschränkt, wenn sie ja vor aller Öffentlichkeit ihre Unschuld beweisen können. Aber nicht die Herren haben vor nichts mehr zu sagen, sondern die Versicherten, die in dem kommunistischen

Vorstandsmitglied, die die Akten eingesehen haben, den unüberleglichen Beweis für ihre Behauptungen hätten erbringen können. Man müßte eben den Stadtrat, der nicht nur für die Herren Lambertini und Dörs, sondern auch für die gesamte Hallische Bourgeoisie ein Standa alfersten Rang ist, ohne viel Aufheben in der Berichterstattung verschwinden lassen. Daß der Bourgeoisie in der Klassenjustiz hier ein willfähriger Helfer entwand, versteht sich am Bande.

Eine Strafe hat für anderen kein Auge aus!  
Der Verlauf des Fallwegens dieser Angelegenheit, die angestrichene Umgebung des Gerichtsverfahrens sprechen schon an und für sich Bände. Das Zufällige der Sache wird allerdings nicht gelindert. Dieser Standa, der eine ungeheuerliche Schädigung von Versicherteninteressen darstellt, wird jetzt erst recht, wenn aus dem Brief der kommunistischen Vorstandsmitglieder an das Versicherungsamt hervorgeht, in breitem Rahmen vor der Öffentlichkeit aufgerufen werden. Wir setzen uns für die Angelegenheit noch näher zur Verfügung.

## Zwanzig als Angeklagter

Magen, den 15. April, 10.30 Uhr, findet vor der 3. Strafkammer des Landgerichts (Preussentag) die Berufungsverhandlung gegen den hiesigen DR-Vorhänger Zwanzig statt. Zwanzig ist am 27. Januar wegen Verleumdung gegen das DR-Mitglied von Schillingen in Halle verurteilt worden. Er hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Bekanntlich hatte der Vorhänger der DR mit 10 gegen 2 Stimmen einen Antrag angenommen, beim Versicherungsamt Halle die Akten über Zwanzig an den Vorhänger der DR zu übergeben. Der Vorhänger Zwanzig hat auf Kosten der Kasse beträchtliche Mengen von Material „geschluckt“.

Zur selben Zeit und sogar zur selben Stunde (10.30 Uhr) findet morgen vor dem Amtsgericht in der Kleinen Schmiede die Berufungsverhandlung gegen den hiesigen DR-Vorhänger Zwanzig statt. Angeklagt ist Genosse Bruno Redaktion des „Volksblattes“ wird zu einer einzigen öffentlichen Sitzung gegen Zwanzig werden, der, wie der „Volksblatt“ seinerzeit berichtet, in einer Eigenschaft als DR-Vorhänger mit Eigen- und Spitzelinteressen fortgesetzt gegen die hiesigen kommunistischen Vorhänger der DR intrigiert hat, um den sogenannten „Krankheitsfall“ gegen die kommunistische Partei im Herbst 1929 heraufzubeschwören.

## Gegen Mieterhöhung und Kündigungen

fürmieren die hiesigen Neubaumieter unter Führung der RGD die Einheitsfront.

Freitag abend fand im „Lanhaus“ alsbald eine stark besuchte Versammlung der hiesigen Neubaumieter statt, denen der hiesige Magistrat in den letzten Tagen die Wohnungsmieterhöhung ausgesprochen hat, weil sie sich nicht für die unermessliche Mieterhöhung verpflichtet hatten. Ein Kommunistenrat, der die Mieterhöhung verurteilt hatte, hat die hiesigen Neubaumieter in der letzten Mieterhöhung einen schmähschen Einbruch erhalten. Genosse Günther sprach im Namen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament die Forderung der arbeitervereinigten Fraktionen im Stadtparlament gründlich an. Der SPD-Magistrate Bruno Redaktion des „Volksblattes“ hat die hiesigen Neubaumieter in der letzten Mieterhöhung einen schmähschen Einbruch erhalten. Genosse Günther sprach im Namen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament die Forderung der arbeitervereinigten Fraktionen im Stadtparlament gründlich an. Der SPD-Magistrate Bruno Redaktion des „Volksblattes“ hat die hiesigen Neubaumieter in der letzten Mieterhöhung einen schmähschen Einbruch erhalten. Genosse Günther sprach im Namen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament die Forderung der arbeitervereinigten Fraktionen im Stadtparlament gründlich an.

Die von der kommunistischen Partei eingeleitete Untersuchungskommission hat großen Anklang.

Alle anwesenden Mieter unterzeichnen eine Erklärung, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die hiesigen Neubaumieter die Forderungen des Magistrats ablehnen und sich den Forderungen und Anträgen, die der RGD-Stabskommission in der letzten Sitzung eingebracht hat, sich weigern zu machen.

## Die Neubaumieter Kampfbereit

Am 10. April 1931 im „Lanhaus“ alsbald veranfaßten Mieter der hiesigen Neubauwohnungen protestieren mit aller Schärfe gegen die vom Magistrat geplanten Mieterhöhungen. Wir sind nicht gewillt, die ausgesprochenen Kündigungen des Magistrats anzunehmen, da die Mieterhöhungen von 20 bis 50 Prozent einfach untragbar sind.

Die Mieter sind gewillt, geschlossen gegen die rigorosen Maßnahmen mit allen Mitteln zu kämpfen!

Die Neubaumieter fordern die sofortige Überwindung einer Stadtparlamentarischen Untersuchungskommission, die die Mieterhöhungen und Kündigungen.

Sammelfest für streikende Bauarbeiter Nr. 010602 verlost, gegen, der Mißbrauch wird gewarnt.

Schäufel-Steinler im Stadtparlament. Seine Dienstzeit findet unter der Seite des Stadtparlamentes die Entschuldigungen von Ferdinand Bränders Schaufel „Schäufel“ hat. Das Ereignis wird ausführlich in der Zeitung berichtet. Die Ausschreibung beginnt 20 Uhr und endet 20.30 Uhr. Interessenten sein. Die Ausschreibung beginnt 20 Uhr und endet 20.30 Uhr. Interessenten sein.

Wahllokale. Donnerstag ist die letzte Ausschreibung der Wahllokale. Die Wahllokale sind in der Zeitung veröffentlicht. Die Wahllokale sind in der Zeitung veröffentlicht.



A. Führer durch die Geschäftswelt für unsere Leser, Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Stadt Halle

Halle

# Greiling Schwarz Weiss

weitaus beste, echt macedonische Zigarette

DIESER PREISLAGE. PACKUNGEN - 40 u. 1,20 RM

Zigarillos, Kakao, Zuckerkorn nur bei Heinrich Kägel, Eisenstr. 57 31845

**Bauern-Schänke** Binden- (Nr. 57) Arbeiter-Verkehrsbüro 31844

**Max Zaubitzer**, Eisenweg 52, Zeilstr. 10, Weimar Rohfleisch und Wurstwaren & Fleischwaren 31843

**Otto Fricke**, Fischeplan 1, Ede Beerenfr., Kolonial- u. handl. Buchwaren 31846

**Möbel** bei **O. Bernhardt**, Herrenstr. 19 31845

**Roschlächtere K. Böhlert** Halle (Saale) Hummerdorfer Str. 10, Fleisch- und Wurstwaren 31864

**Heinrich Padower**, Textilwaren Osterlischstr. 5, am Ballmatt 31863

**Immer gut und am billigsten**

Im **Wetterhaus Bruno Paris** Halle & Leipzig am 2. u. 3. Sonntag 31848

**Aug. Thurm's Nachf.** Reilstr. 10, empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren 32059

## Kauft Seifen

in der **Migros** und deren angeschl. Konsumvereine

32159

**Molkerei Carsdorf** empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 31677

**Serra Menger**, Kuttelhof 13 Lebensmittel, handl., Buchwaren 32136

**Eierhandlung Landau**, Gr. Klausstr. 9 32157

**27 Alle Sorten Pantoffeln** Rl. Ulrichstr. 27 32158

**Otto Krull**, Al. Klausstr. 5, Ede Fleischwaren, Backwaren, Konditorei 32052

**Albert Koch**, Morich-Kolonialwaren 32046

**Für Händler u. Wiederverkäufer** empfehlen **Strickgarn** (bekannte Marken) Ferner:

**Trikotagen u. Strumpfwaren** Angewandte Leder- und Handwaren **Freund & Müller** Leipziger Str. 54 (Ede Niederplatz) 31855

100% **Rechtigkeit** in Solinger Schuhwaren u. Waren **M. G. H. S.**, Eisenweg 19 Verkaufsstellen: Ebnau, Werra, möblierte Villen, höchstwertige Wollwaren 31876

+ **Drogen, Farben, Fein, Seifen, handhabungs-fähig** - **Bruno Metzsch**, Morichstr. 1 31869

**Betten-Graf** (ehemal. Hans-Graf) in Halle Bettfedern, Inletts Bettstellen, Matratzen Marktplatz 10/11 31862

**Herren- u. Knabenbelleidungshaus Ernst Renner**, Marktpl. 14 31861

## Hallensia

die gute Eiernudel 31841

**Sparkasse des Saalkreises** Hauptstelle: Halle a. S., am Stadttheater \* 35 Nebenstellen \* Wir dienen dem Volke

**Dapol - Petroleum** überall erhältlich Deutsch-Amerikan. Petroleum-Gesellschaft 32050

**CAFE WINTERGARTEN** Magdeburger Straße 66 Täglich: Humorist. Künstlerkonzert Jeden Mittwoch und Freitag: 5-Uhr-Tea, sowie jeden Dienstag und Donnerstag: **Tanzabend** 32142

**Max Albert**, Prinzenstraße 18 32045

## Weiss

Halle - Merseburg - Bitterfeld

Fleisen liefert und vertreibt Gebr. Steiner, Deutscher Str. 90, am Bahnhof Telefon 33630 32410

**Nähmaschinen** für Haushalt u. Gewerbe für Tisch-Zacknähmaschinen, Lochsticherei, Stücken, Stopfen, eingerichtet Unterricht in eigener Schlosserwerkstatt **Gustav Lerche** Kleine Ulrichstr. 33 Gebrüder 1894 - Fernruf 28111 Reparaturwerkstatt Günstige Zahlungsbedingungen 32139

**Rosen-Apothek** Merseburger Straße 112 (Ede Saubühler Straße) 31683

Reserviert Nr. 45 32134

**Spielwaren** Geschenkartikel - Lederwaren Große Auswahl in Vereinsartikeln **Albin Hentze**, Halle a. d. S. Schmeerstr. 24 31857

**Wo ist man am besten?** Bei **Stroh's** Nachfolger Leipziger Str. 54 (am Niederplatz) 31856

**Wolter-Drogerie**, Königstr. 14 (Ede Saubühlerstr.) Farben, Vaseline, Parfümerien 31887

**Willst du streichen, geh zu Lampert** Fachgeschäft für Lacke, Farben und Malerbedarf Merseburger Str. 105 (am Niederplatz) 32159

Reserviert 18 32194

**Bevorzugt Fyffes-Bananen!** 31830

Im Hotel „Weltkugel“ am Bahnhof ist man am besten! 31663

**Möbel** auf Teilzahlung nur bei „Merkur“ Halle, Gr. Ulrichstr. 4, I. Etage 32195

Reserviert 32155

Das Haut der guten Qualitäten und billigen Preise **reinst, färbt, wäscht preiswert** **Brummer, Benjamin** Gr. Ulrichstr. 22-25 Halle Rannischer Platz 31668

**Färberei Naumann & Co.** reinigt, färbt, wäscht preiswert Fabrik: Jacobstraße 39 31673

**Gebr. Kroppenstädt** Möbelfabrik - Große Märkerstraße 4 - Meubert günstige Zahlungsbedingungen 31672

## RTK

bei **KARSTADT** kaufen, heißt gut und billig kaufen! 31661

**Engelhardt-Biere** überall 31670

Reserviert 32047

**Lindner & Richter**, Tholackstraße Abbruch-Materialien 32185

Reserviert 03 32183

**Werkzeuge** Eisenwaren, Hauswirtschaftsartikel, Gartengeräte **Georg Tenme**, Leipziger Str. 11 32044

**Trinkt Milch** von **Molkerei Bennstedt** 31830

Flüss. Milch u. Profiantagen, Belegungsarbeiten, komplette Radio-Apparate, etc. **Gebr. Gabel**, Wilhelmstr. 44 / Telefon 20384 32152

## Mignon

Kakao Pralinen Schokolade Überzugsmassen **DAVID-SÖHNE A. G. HALLE'S MIGNON-SCHOKOLADEN-WERKE** 31840

50 Jahre **Aug. Zeiß** Erste Hallesche Sauerkohlfabrik und Gurken- und Gemüsefabrik m. elektr. Betrieb / Sauerkohl und Konserven en gros / Fernruf 26536 32150

**Tabakecke** Merseburger Straße 20 Zigarren, Zigaretten, Tabake 31682

**Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze**, Krukenbergstr. 7 Geheimsstelle des Deutschen Begräbnis-Beerdigungsvereins 31846

Reserviert 31671

**Otto Mucha** Tabak- u. Süßwaren-Großhandlung Leichenstraße 12 und Große Nikolaistraße 8 (Sünderpark - Chertopfschloß, L. Stadt) 31649

**Schokoladen und Zuckwaren Tornow**, Leipziger Str. 82 Die billigste Bezugsquelle 31847

**Sanitas-Bad** Alle Arten Bäder und Pfannen, auch Hot (inkl. Krankenkassen) Mittelstraße 20 a 31842

**Mosrich- und Speise-Industrie** empf. Tafelosen, Essigsprit, Weinessig, Speiseöle, Fischmarinaden Fernruf 21058 Kontor u. Fabrik: Fischerplan 6 32037

**Wilhelm Krahnert & Co.** 32037

Reserviert 32 32038

Feinste **Aprikosen-Marmelade** sind stets frisch **MIGROS** zu haben bei der geschlossenen **Pflaumenmus, Marke Thüringa** **KONSUM-VEREINEN** Fernsprecher: 32151

**Stauend billig! Gebrauchte und neue Möbel** in großer Auswahl nur Mauerstr. 3 u. 4, am Steinweg 32048

**Kaufe bei J. Lewin** Markt 2/3 **„HAFLEMA“** Hallesche Fleischsalat- u. Mayonnaisefabrik GmbH in Qualität **Lieferant u. Konsumvereine** Fernsprecher: 32043

**Kermann Clausen**, Halle a. S., Fischerplan 5 Gutfabrik, Sauerstofffabrik - Tel. 23617 u. 25079 31677

**Empfehle Obst-Spezialgeschäfte** meine **Wilhelm Pfeiffer** Berliner Str. • Bernburger Str. • Königstr. 31686

**Hallesche Essigfabriken G. m. b. H. Halle a. S.** **Weinessig - Tafelessig Essigsprit - Mosrich - Speiseöl** 32182

**Trinkt KONSUMKAFFEE** 32180

**Allgemeiner Konsumverein Halle**

**Trinkt Euer Freyberg-Brau** 31672





# Kommunistischer Vorstoß im Bitterfelder Kreistag gegen die Hungerpolitik und die faschistische Knebelung des werktätigen Volkes

Der am 13. April zusammengetretene Bitterfelder Kreistag fand von Anfang bis zu Ende unter dem Eindruck des durch die ungeheure Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Massenelends im Bitterfelder Kreise. Dennoch waren es nur die kommunikativen, die förmliche Kritik an der Gefährdung des nicht im mindesten auf andere Weise beschleunigten Ausbaus des Bitterfelder Bienenbrotens, die die Beschlüsse des Bitterfelder Bienenbrotens forderten. Hierfür sollen Mittel aus der Produktion der Erwerbslosenfürsorge bewilligt werden. Außerdem soll die Kreisverwaltung die allenfalls als Menschenfalle bekannte Mühlendämme ausbauen lassen.

Trotz aller Beschränkungen der sozialfaschistischen und nationalfaschistischen Kreistagsmitglieder der Bitterfelder Kreistag mit einer Ausgabe von 998.000 Mark ab, der nur eine Einnahme von 374.000 Mark gegenübersteht.

Unter diesen Umständen wird die kommunale Kreisbürokratie weder ein noch aus. Unter den Massen bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß es sich hier um ein besonders charakteristisches Beispiel des Faschismus und der Pleite der kapitalistischen Gesellschaftsordnung handelt.

Am 1. Mai werden die Werktätigen des Kreises Bitterfeld und aller anderen Gebiete in einheitlicher Front gegen die Hungerpolitik demonstrieren, die auf dem Wege der faschistischen Knebelung der breiten Volksmassen durchgeführt wird.

Bürgermeister Zafirov nahm Stellung zum Vorgehen der Erwerbslosen und erklärte, daß eine Resolution an den Landeshauptmann der Provinz Sachsen gerichtet werden sollte. Mittel aus der Produktion der Erwerbslosenfürsorge als nicht zurückzahlbarer Zuschuß zum Bau der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Die Resolution wurde dem Landeshauptmann zugestellt.

Die Erwerbslosen von Döben sind sehr gespannt, ob nun endlich mit Ernst und Energie an das Arbeitsbeschaffungsprogramm herangegangen wird. Sie werden mit allem Nachdruck ihre Forderungen: Gebt uns Arbeit und Brot! festhalten.

## Heber 9000 Wohlfahrts'erwerbsole in Magdeburg

Am Ende des Monats März wurden in Magdeburg insgesamt 9070 Wohlfahrts'erwerbsole gezählt, von denen aber nur ein Teil Unterbringung erhält. Ingesamt wurde in Magdeburg im ersten Viertel dieses Jahres ein Anstieg der Wohlfahrts'erwerbsole um 1260 verzeichnet, was einer wöchentlichen Zunahme von 105 gleichkommt.

Diese Tatsache läßt das Tempo, mit welchem die Erwerbslosen aus der Front der Unterführten mehr und mehr ausgerangiert werden, erkennen und ermahnt zu den schärfsten Kämpfen gegen diese Hungertüte, die da an den Erwerbslosen vorüberzieht.

## Unter Zoll- und Steuerlasten zusammengebrochen

Die Zigarettenfabrik Schütz in Erleben hat ihren Betrieb eingestellt und die 15 Mann der Belegschaft entlassen. Als Grund für die Stilllegung ist die starke Belastung mit Steuern und Zöllen angegeben worden.

## Deffauer Gastwirte rebellieren gegen Biersteuererhöhung

Die Deffauer Gastwirte beschließen sich kürzlich mit der in Deffau beschlossenen Erhöhung der Biersteuer und nahmen eine gefährliche Protestentscheidung an, zumal sie ja immer wieder unter dem unmittelbaren Druck der Konsumenten stehen.

## Reichswehrsoldat erhält 1 Woche verschärften Arrest

Ein Reichswehrsoldat der 1. Kompanie des Deffauer Reichswehr-Bataillons, der sich im Offiziersklub, ohne jemandem danach zu fragen, sechs Schichten Zigaretten angeeignet, wurde auf Grund des Militärstrafgesetzbuches an einer Woche verschärften Arrest und Diensteinlassung verurteilt.

Wie kann auch nur einer das Kasino besetzen? Gute und dicke Zigaretten und Zigaretten sind doch bloß für die „Herren“ Offiziere.

## Mord an einem Oberdöbinger Lehrling vor der Aufklärung

Vor rund einem Jahrzehnt ist ein aus Oberdöbblingen a. d. Helm gebürtiger, damals 19 Jahre alter Lehrling auf der Straße zwischen Ebersleben und Rietzschhausen ermordet worden. Der betreffende so gut wie ausschließlich auf Kommunisten abgerichtete Polizei gelang es in all den Jahren nicht, den Täter zu ermitteln. Erst jetzt nach 10 Jahren ist eine neue Spur aufgenommen worden und in den letzten Tagen wurden bei ihrer Verfolgung mehrere Personen in Haft genommen.

## Mitteldeutsche Arbeitersportler!

Die Bandenorganisation der Kampfgenossenschaft für rote Sporteinheit, die vorgezogen in Halle tagte, erläßt an euch alle den Mahnruf und Appell

am 1. Mai

in einheitlicher Front mit dem gesamten Proletariat wuchtige Kampfdemonstrationen durchzuführen und bei der Vorbereitung des Kampftages mit in vorderster Front zu stehen. In diesem Sinne müßt ihr mitheben und sogar eigene Initiativen entwickeln bei der

## Bildung von Mai-Kampffronten

und auch bei der Ausgestaltung der Kampftageveranstaltungen, die gleichzeitig ausgenutzt werden müssen zur Werbung für die rote Sportbewegung und die im Juli stattfindende Spartakiade.

## Großer Zigaretten Diebstahl in Herzberg

In der Nacht haben unbekannte Täter in einem Zigarettengeschäft in Herzberg a. Elster einen schweren Einbruchdiebstahl verübt, wobei ihnen 120.000 Zigaretten der verschiedensten Sorten im Werte von etwa 4500 RM. in die Hände fielen. Die Täter vertriehen sämtliche Feuerz., brühten oder schlugen das Fenster nicht ein, sondern durchbohrten die Fensterrahmen und stellten dann die Blumentöpfe und eine Dose einzeln unter das Fenster auf die Erde.

## Ein Todesurteil des anhaltischen Schwurgerichts

Das anhaltische Schwurgericht verurteilte den Bierfälscher Gustav Hinz am 29. April 1930 zum Tode. Hinz war in der Nacht vom 28. zum 29. April 1930 in das im Sophienpark liegende Schlafstübchen seiner Geliebten, der Frau Hermine Neuenfeldt in Leopoldsdorf, eingedrungen. Mit der Frau Neuenfeldt, die ebenso wie Hinz geisteskrank ist, hatte der Bierfälscher seit Jahren ein Verhältnis. Frau Neuenfeldt stellte sich dem Eindringling entgegen. Sie wurde von ihm durch einen Revolverstoß in die rechte Seite schwer verletzt. Damit löste der Mörder auf die im Bett liegende Tochter der Frau Neuenfeldt, ohne sie zu treffen. In demselben Augenblick kam der in der Nachbarstube schlafende Sohn der Frau Neuenfeldt hinzu, und Hinz stieß ihn mit zwei Schüssen nieder, wobei einer das Herz tödlich traf.

## Berühmter Häuer

Ein Häuer G. aus Wolmirsleben wurde bei einem Grunderwerblich auf der Grube „Johanne Serriente“ bei Unseburg verhaftet. Obwohl das Unglück schon vormittags passiert war, es abends um 6 Uhr trotz der sofort aufgenommenen umfangreichen Bergungsarbeiten noch nicht möglich, den Verhafteten zu finden. Es dürfte also mit keinem Tode gerechnet werden. Heber die Ursache des Unglücks konnte angeblich — wie immer — noch nichts festgestellt werden. (1) Der Verunglückte ist Vater von zwei minderjährigen Kindern.

## Rote Agitatoren werben auf dem roten Presseabend

- In Halle: am Freitag, dem 17. April, 20 Uhr, im „Wintergarten“.
- In Bitterfeld: am Sonntag, dem 19. April, 20 Uhr, im „Volkshaus“.
- In Eisenach: am Freitag, dem 24. April, 20 Uhr, im „Volkshaus“.

## Die Erwerbslosen von Döben fordern Durchführung ihrer Arbeitsbeschaffungsvoorstände

H. Döben. Die Erwerbslosen von Döben rufen am Donnerstag, dem 9. April, eine öffentliche Erwerbsbeschaffungsversammlung ein. Der Bürgermeister, den Magistratsmitgliedern und den Stadtratsmitgliedern hat die Landrat Stammer eingeladen. Die Einladung des Landrats Stammer erfolgte durch Einschreibebrief. Am 9. April wurde die Versammlung durchgeführt, aber erst am 11. April schickte Stammer eine Besage.

An der Versammlung sollte zu einem wichtigen Arbeitsbeschaffungsprogramm, und zwar zum Bahnbau Bitterfeld-Döben Stellung genommen werden. Die Erwerbslosen des Kreises Bitterfeld hatten beim Kreisrat einen Antrag eingereicht, dieses Projekt durchzuführen. Dem Kreisrat wurde eine abschließende Antwort durch den Landrat Stammer offen gezeigt, daß er nichts mehr mit seinen Wählern, den Proleten, zu tun haben will. Wohl und ganz hätte sich Landrat Stammer als angeblicher Vertreter der Arbeiterschaft einbringen müssen. Daran denkt er nicht. Er hat ja für sich genug zum Leben.

Wahrscheinlich hat er sich für sich hatte er zwei Kandidaten gewählt, die aufpassen sollten, daß der Referent, Genosse Gebhardt, nur im Rahmen des angemessenen Themas sprach. Als Genosse Gebhardt darauf hinwies, daß alle Forderungen der Erwerbslosen auf Arrest und Brot nur mit dem Gemeinwohl beantwortet werden, legten schon die Ermahnungen der Kandidaten ein, nicht politisch zu werden und im Rahmen der Veranstaltung zu sprechen.

Auch dem Kreisratsabgeordneten Genossen Thiele, der in der Diskussion sprach, erging es nicht besser. „Sie dürfen nur wirtschaftliche Fragen erörtern“, lautete die Zurückweisung.

Als ob Wirtschaft und Politik voneinander zu trennen seien!

## Mobilisiert alle Werktätigen Mitteldeutschlands für den Mai-Kampftag! Schafft Mai-Kampfschüsse!

# Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Kopiert: Walter Schulz Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Brandenburger Str. 1.

10. Fortsetzung

Er fand wenig Widerstand, und man achtete ihn so hoch, daß in diesem Vergleichen bestimmt der § 218 zu werden begann. Wie so leicht es allerorts aus, es kommt nur nicht aus dem Augenblick heraus. Wer weiß? Vielleicht ist die Stunde gar nicht so fern, in der die ganze deutsche Wirtschaft erzwungen, in der sie einsteht, wie sie sich durch die vom § 218 ihr aufgenommene ... seit das wertvollste Gut des Arztes, das Vertrauen der Patienten, verlor hat. Doch diese Überwindung des § 218 wird nicht mit Hilfe aller Ärzte erfolgen. Der Gedankenumschwung in der Welt ist nicht allgemein worden, wenn wir, — die wir voraufrufen und behaupten, die Zwangsparagrafen schon längst beseitigt haben. Dann werden allerdings viele hundert.

Ich habe ja schon immer gesagt, Kollege Meyer, wissen Sie noch, damals wie wir uns im Berliner Hof darüber unterhielten:

Der § 218 muß unbedingt entfernt werden!

Hilde Niedezé (Oberleutnant, Oberleutnant B.) Drei Briefe

D., d. 28. 6. 29.

### Meine Mutter!

Wenn Du diese Zeilen erhältst, bin ich nicht mehr unter den Lebenden. Ich fühle, daß mein Ende dich bevorsteht. Der Arzt trotzt mir zwar und meint, ich läme durch, aber mir ist heute so eigenartig zumute, die Sommeren haben ganz plötzlich nachgelassen. Ich fühle mich beinahe wohl und doch, es ist mir, als ob meine Seele flüchte, sich vom Körper zu lösen. ... Ich bin das Beste. Du dar nicht wieder diese wahnwitzigen Beschlüssen der letzten Tage! Diese fürchterliche Glut die mich heute verbrannt, dieser unsinnige Durs, dieses Wühlen im Körper, diese Schüttelfröste, diese rotenben Kopfschmerzen.

Glaube mir, Mutter, ich habe schwer für meinen Leichtsinn gestraft. Nicht nur die letzten Tage waren so schwer, sondern schon die ganzen letzten Wochen und Monate. Bevor ich aber, geliebtes Mütterchen, weggehe von Dir, muß ich Dir noch einmal mein Herz ausschütten! Stelle Dir vor, ich friste vor Dir und legte meinen Kopf in Deinen Schoß, als ob ich noch ein kleines Mädchen wäre, das sich schämt und der Mutter nicht ins Auge blicken kann. Wie kam alles? Du, liebe gute Mutter, hast ja gar nichts gemerkt, und lagen möchte ich es Dir nicht. Ich hatte Angst vor Deinen lieben Augen, die manchmal so streng blicken können. Ich war ja auch wie im Traum. Frag mich nicht, ob man ich meine Unschuld verloren habe. Du nimmst ihn, Du hast ihn gern, er ist der Schlimmste noch nicht. Er hätte mich ja auch gern geliebt, aber wir sind ja noch so jung und sein Vater ... doch was soll ich davon reden, nur wissen willst Du, wie ich gestillt habe. Als ich mich Mutter fühlte, durchführ mich Entsetzen. Du weißt, ich bin kein leichtsinniges Mädchen. Das weißt Du doch, Mutter! Nicht wahr? Ich kam nachdenken und habe Verantwortungsgelübe. Mein erster Impuls war, zu Dir zu eilen, doch wenn Du dann so freundlich, zufrieden und glücklich vor mir standest, dann lächeln mir jeder Tag Gewinn, der vorüberging, ohne daß Du teilnehmen müßtest an meinem Unglück. Immer hoffte ich ja auch noch auf eine Wendung!

Und dann fing die widerwärtigste Wege an zu kitzeln. Mein Körper wurde ohne ausgesprochenen Erfolg, bis ich am Ende meiner Kraft war und nicht anders konnte als jenen Menschen aufzusuchen, der schon so vielen in unserer Stadt half, der auch mir helfen sollte gegen diesen Durs. Ah! mein Schmach! Ich darf nicht mehr zu Dir kommen, Mutter, wir haben ja einmal darüber ausführlich gesprochen. Nun! — er hat mir geholfen. ... Die Erniedrigung, die Qual, die ich durchgemacht, als ich mich von diesem unfauberen, unkeuschen Händen berühren lassen mußte, waren allein schon Vergeltung für meinen Leichtsinn. Du weißt, doch dieser Mensch hat nur um des Geldes willen mit, ohne Vorbedingung, ohne irrendes Bore nicht magt er die tollsten Sachen. Denn Du noch an den plötzlichen Tod meiner Mutter! Ich bin ... Damals wurde ich alles verurteilt. Heute weiß ich, wie ich den besten Weg durch die Schuld besessenen Mannes gegangen, denselben Weg, den auch ich jetzt gehen werde. Eine Dankeschuld gegen diesen Mann habe ich kaum abzutragen. Ich empfinde nur die Pflicht, ihn nicht mehr zu sehen. Und doch möchte ich ein wenig alles verschweigen,

ich war zu elend und krank. Aber gestern war der Herr Stadtpfarrer bei mir. Ich ließ ihn ruhen. Dem habe ich alles gesagt. Er hat mir dann klargemacht, daß ich mich verurteile, wenn ich schweige. Du mußt nur selber wissen, was Du zu tun hast. Verzeih, daß ich kummer auf Dein Haupt häufe. Ich finde keine Worte mehr. Ich bin so schwach ... mir ist so schwer. ... Ich sehe Dich vor mir, Du heugst Dich über mich und gibst mir einen Kuß auf die Stirn ... o Gott! ... o Gott ... Verzeih mir!

D... den 7. August 1929.

In die Staatsanwaltschaft zu D.  
Der Staatsanwaltschaft unterbreite ich folgendes:

Frau Niedezé hat mich beauftragt, die Mutterkammer der Staatsanwaltschaft auf das Treiben des Handelsgehilfen Otto Lerner zu lenken. Die einzige Tochter der Frau Niedezé, eine Schülerin der Oberstufe des hiesigen Lyzeums, ist gefahren an den Folgen eines kriminellen Wortes in der Wohnung einer Zimmermeisterin Mollerer, die mit dem Lerner unter einer Decke zu liegen schreit, nach Hause, aber immer noch leben verhalten. Der Mutter hatte sie angeboten, sie möchte mit zwei Freundinnen eine Wanderung. Vor ihrem Tode hatte sie mich, der ich sie vor drei Jahren eingeleitet hatte, als Gefährtin rufen lassen. Ich habe ihr eindringlich klargemacht, daß es ihre Pflicht sei, die eigene Schuld dadurch zu sühnen, daß sie wenigstens andere junge Mädchen vor dem Unglück bewahre, dem sie selber zum Opfer gefallen ist. Die von mir sofort herbeigeholte Mutter kam leider zu spät, der Tod war eben eingetreten, sie konnte ihrer Tochter nur die Augen aufhellen. In den Händen der Entschlafenen fanden wir einen Brief, den ich in der Anlage beifüge, bei dessen Abfassung sie wohl vom Tode überfallen worden ist. Es scheint einwandfrei festzustellen, daß noch zwei andere junge Mädchen, beide Schülerinnen des Lyzeums, im Laufe der letzten drei Jahre ebenfalls durch die Manipulationen des Lerner gestorben sind. In beiden Fällen hat dieser es verstanden, sich Mittel einzeln wohl auch unbeholfenen Ärzten zu erschließen, so daß die beiden jungen Mädchen als Selbstmörderin und deren Geliebter gemeldet wurden. Es wird noch so langer Zeit gehen sein, den Lerner in diesen letztgenannten Fällen zu überführen, dagegen wird der Section des Prüfers Hilde Niedezé nichts in den Weg gel'gt. Die Mutter hat sogar absichtlich die Beeridigung verzögert, um der Beerdigung freie Hand zu geben.

(Verfälschung folgt.)



Dienstag, den 14. April 1931.

**Eine neue Ortsgruppe der SPD gegründet**

Das ist die beste Antwort auf das Schreiben der SPD nach dem zweiten Mann... Die Ortsgruppe Gorden ist gegründet.

Wir sind überzeugt davon, daß die junge Ortsgruppe in kürzester Zeit das Doppelte an Mitglieder zählen wird.

Nachdem ich überzengt davon bin, daß die junge Ortsgruppe in kürzester Zeit das Doppelte an Mitglieder zählen wird...

**Merseburg-Querfurt**  
**Mit Expreßmethoden jagt die SPD nach dem zweiten Mann**

U. A. Schreier. Überall hängen jetzt meterhohe Plakate der SPD, die immer wieder die eine Frage enthalten: Wo bleibt der zweite Mann?

Durch solche exzessiven Methoden verliert die Parteipresse natürlich auch das Vertrauen unter der Arbeiterschaft.

Arbeiter, ihr habt mit dieser Partei nichts zu tun. Die SPD ist eure Partei! Kämpft mit ihr!

Nandorf (Geisa). Unstimmigkeiten in der Gemeindefassung haben sich festgestellt. Wir hatten vor einiger Zeit einen Artikel gebracht...

**Weißentels-Zeitz**  
**Jung-Stahlhelm darf Bürgerkriegsübungen abhalten**

U. A. Reba. In ganz Deutschland Verbot des Jugendtages des R.A.D. In dem Stadtvorstand, ein vernünftiger Arbeiterfeind...

Respektvolle Landarbeiter geben ihre Empörung Ausdruck indem sie erklären: Wir müssen wir klären, indem aus der Barren den Lohn hier!

Besprechend für den Vollzeitschaffner, gegenüber dieser Morbidität war, daß er keine Arbeiter ist...

ment? Genossen verblühten aber einen Vorfall! Diese Banditen waren bewaffnet. Bei einer Nahrung in Jüngle wurde scharf geschossen!

Jungen Reba, die ihr auch noch im bürgerlichen Sparratrum tumult, ihr habt nur eine eifrige Abneigung gegen das Stahlhelmsymbol gezeigt.

**Sozialdemokraten tubhandeln mit Bürgerlichen**

U. A. Leuchter. Zu Beginn der letzten Stahlverordnungsung beschwerten sich Arbeiter darüber, daß die SPD in ihrem Antrage zur Einberufung einer Stadtratsversammlung...

Die Stadt hat den Vorschlag, den die Stahlhelfer gefordert hat, angenommen. Es soll nun die Forderung, für und den Schlingen...

**Erfüllt den Sturmplan der RGO!**

Die vielen Tausende von Arbeiter, die für die roten Einheitslisten gestimmt haben, müssen jetzt in den nächsten harte Betriebsgruppen der RGO bilden!

**Werbt die roten Wähler als Mitglieder!**

begünstigt, die sich auf dem Schlingeneigentum befinden, nicht zu entfernen. Die SPD stimmt einmütig mit den Bürgerlichen...

Weiter wird über die Benennung der nachpolitischen Ausschüsse beraten. Die kommunalistischen Vertreter erklären...

Die kommunalistischen Genossen zeigen hier die ganze schändliche Rolle der SPD an, die überall die Erwerbslosenunterstützung... Eine letzte Debatte erlitten...

**Zagwerden**

Zagwerden. Zum Artikel Regerfeuer wird in Zagwerden eingetriben. bringen wir folgende Richtigkeit: Richtig ist, daß die bürgerlichen Vertreter unzufrieden sind...

Unter diesen Verhältnissen lassen sich die Bürgerlichen beschlagen und Heten um. Wie diese Versprechungen zu bemerken sind...

**Antifaschisten!**  
**Stärkt die Reihen der Roten Hilfe!**

Rote Hilfe kämpft gegen Faschismus, Polizeiterror und Klassenjustiz!

Rote Hilfe gibt den von bürgerlichen Klassenjustiz verfolgten Antifaschisten Rechtsberatung und Verteidiger!

Rote Hilfe verurteilt die Kinder der Gefangenen und gefallenen Klassenkämpfer in ihre Kinderheime!

Rote Hilfe hilft den Opfern des weißen Terrors in den faschistischen Ländern!

Rote Hilfe ist das Band zwischen den eingetribten Klassenkämpfern und dem kämpfenden Proletariat!

Werbet Mitglied der Roten Hilfe! Büro-Adresse: Rote Hilfe Mitteldeutschlands, Halle (Saale), Steinweg 24, Hof 1.

**Manfeld-Sangerhausen**

Ein Sozialist schreibt: Ich bin aus der Kirche ausgetreten, weil das Gerebe von Nächstenliebe nur Schein ist

U. A. Gerstedt. Die „Gerstedter Nachrichten“ verapfen einen langen Schamus, daß Pastor Schmidtberg Gerstedt verläßt und daß die Stadt viel an ihm verliert.

Ich habe aus all diesen Vorfällen die einzig richtige Lehre gezogen, daß Schmidtberg als Pastor das, was er sagt, nicht tut, und daß darum eine Kirche, die solche Pfarrer hat, wo alles nur Schein ist...

**Eine neue Verhöhung der Erwerbslosen durch das Wohlfahrtsamt Eisleben**

U. A. Eisleben. Daß die Erwerbslosen fast durchweg am Sonntag keine Arbeit erhalten, ist allgemein bekannt.

**Nordhausen**  
**Die Bonzen der SPD fürchten Distinktionen der Arbeiter**

U. A. P. H. Die SPD ruft immer große Töne über Redefreiheit und Publizität. Die SPD hat die kommunalistischen Arbeiter und die Gewerkschaften...

Auf unsere Anfrage wurde uns mitgeteilt, daß damals die Leitung der SPD-Dringende in Puffleben von der SPD-Unterstützung...

Die Bonzen der SPD fürchten also die Distinktionen der Arbeiter untereinander. Sie wissen, daß auch der erste Mann die SPD verläßt, wenn die SPD-Arbeiter erst einmal den Verant, der auf das Licht wird...

**Delitzsch-Torgau**  
**Allen Unterdrückungsmaschinen zum Trost marschiert die rote Front**

U. A. Hohenleipisch. Vor einigen Tagen wurde hier die erste Verammlung im Zeichen der Reformierung durchgeführt. Über 100 Werttätige waren erschienen.

Neun Parteigenossen wurden gewonnen. Die rote Einheitsfront marschiert auch in Hohenleipisch.

Torgau. Strzelewicz, der Vertreter der politischen Satire, tritt auf am Mittwoch, den 15. April, 10 Uhr, im Lokal „Bürgergarten“.

MAGG'S SUPPEN 10 Pfg. kosten nur noch 10 Pfg. der Würfel

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Dienstag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Lindenstr. 14. Fernruf: 210 45 (Stb.), 210 47 (Nacht).  
 Will der Qualitätsvollen Arbeiter-Zeitung  
**Der Rote Stern**  
 Einzelnenpreis: 15 Pf. für den am Höhe und Spalte: 1 Mr. im Textfeld. Postkonto: Kreisbank des Sozialistischen Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Leipzig 2471 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Lindenstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, 14. April 1931 11. Jahrgang Nr. 86

## Reformisten als prinzipielle Streikbrecher

# Legt alle Bauten still!

**Bauarbeiter in Halle stehen geschlossen zur KGD — BGB-Mitgliederversammlung beschließt Fortsetzung des Streiks und fordert Gründung des roten Bauarbeiterverbandes — Brauns flüchtet aus der Versammlung — Der Vertreter des Bezirkskomitees der KGD wird kühnlich begrüßt — BGB-Generalversammlung in Berlin aufgeklagen**

(Eig. Draht.) Berlin, 14. April.

Die Lage im Bauarbeiterstreik hat sich im Laufe des gestrigen Tages ungemein zugespitzt. Den von dem Berliner Schlichter, dem Sozialdemokraten Wisjell, gefällten Zwangsschiedspruch, der 11 Pfennig Lohnraub in der Spitze vorsieht, haben die Unternehmer und Gewerkschaftsführer gemäß der vorherigen Vereinbarung für sich als bindend erklärt. Die freiberechtigten Führer der reformistischen Baugewerkschaft sind nunmehr dabei, die Mitglieder zurück auf die Baustellen zu jagen.

Die zentrale Streikleitung der revolutionären Bauarbeiter rief die Kameraden auf, in den heutigen Baustellenversammlungen für Fortsetzung des Streiks gegen den Lohnraub einzutreten.

Halle, 14. April.

Die am Montagabend tagende Mitgliederversammlung des Baugewerksverbandes nahm einen äußerst kühnlichen Verlauf. Die Versammlung war überfüllt von streikenden Kollegen.

Der Reformist Brauns begann sein Referat mit Ausführungen über alte Verträge der Nachkriegszeit, um den Kollegen zu „beweisen“, daß der Verband schon einmal etwas für sie getan habe. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern hat sich die Verbandspolitik in Halle für einen Spitzenlohn von 1,16 Mark eingestellt.

Um die ungeheure Empörung der Versammlung bei diesen Ausführungen einzudämmen, erzählte er dann, daß die Unternehmer immer noch an ihrer Forderung von 1,10 Mark strikte festhalten.

Brauns vertrat wieder die Meinung des Bundesvorstandes, daß die Streikunterstützung nicht in voller Höhe gezahlt werden könne, wie sie in den Statuten festgelegt sei. Er erklärte, der Verband habe kein Geld. Die Kollegen müßten für 1,16 Mark die Arbeit aufnehmen.

Unter den kühnlichen Entrüstungsrufen der Versammlung mußte Brauns seine Rede abbrechen.

In der darauffolgenden Aussprache ergriffen sofort die Vertreter der KGD das Wort und führten den Kollegen den frechen Verrat der Bürokratie vor Augen. Ein Kollege zeigte die Verdrängung und die Streikniederdrückungsstrategie der Sozialfaschisten an den Streiks der anderen Industriezweigen auf. Der Kollege verlas dann folgende Resolution:

Die Mitgliederversammlung des BGB Halle beschließt den Streik trotz Verbändlichkeitsklärung weiterzuführen.

Die Versammlung macht sich den Befehl der Streikführer vom Freitag, den 12. April im St. Nikolaus, für 1,20 RM, Stundenlohn, gegen den verbindlich erklärten Schiedspruch, gegen alle Warnungen, die zwischen dem Baugewerksbund und dem Zentralverband der Zimmerer abgeschlossen werden, zu eigen, und erklärt, den Streik unter der Führung der KGD und zentralen Streikleitung bis zur Erfüllung dieser Forderungen weiterzuführen.

Die Versammlung beschließt den geschlossenen Eintritt der Zahlstelle des BGB Halle zur KGD.

Der offene Verrat und die Streikbrucharbeit des BGB im Interesse der Unternehmer verlangt, den roten Einheitsverband für das Baugewerbe zur Sicherung des Streiks sofort zu gründen. Die Versammlung spricht der KGD ihr Vertrauen aus.

Nur unter der Führung der KGD ist es möglich, den Kampf um die ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft zu führen.

Die Versammlung nahm die Ausführungen des Redners der KGD mit kühnlichem Beifall entgegen. Über 600 Kollegen

nahmen die eingebrachte Resolution bei einigen Stimmenthaltungen an. Brauns, der erklären wollte, daß die Abstimmung über die Resolution nach den Statuten nicht zulässig sei, wurde niedergeschrien.

Darauf ergriff der oppositionelle Kollege Rohr das Wort und stellte den Antrag, daß ein Mitglied des Bezirkskomitees der KGD jetzt in der Versammlung das Wort bekommen müsse. Auch dieser Antrag wurde von allen Kollegen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Der Vertreter des Bezirkskomitees der KGD, Brauns, wurde zum Wort abgerufen.

Er sprach gegen den Streik, wie Brauns auf die Aufnahme der Arbeit erbrochen sprach. Er sprach gegen den Streik, wie Brauns auf die Aufnahme der Arbeit erbrochen sprach. Er sprach gegen den Streik, wie Brauns auf die Aufnahme der Arbeit erbrochen sprach.

Die Versammlung forderte, daß die Unternehmern schreiben über die Vereinbarung:

„Was nun die Wiederaufnahme der Arbeit anbelangt, werden die kommunistischen Arbeiter, also die in der KGD vereinigten Bauarbeiter alles mögliche tun, um den Mitgliedern der Tariforganisationen die Behebung der Baustellen zu erschweren. Die kommunistischen Verbände führen eine Sprüche, als ob sie die Herren auf den Baustellen wären. Es ist allerhöchste Zeit, diesem Spieß ein Ende zu machen.“

An der Vereinbarung zwischen den Sozialfaschisten vom BGB und den Unternehmern ist deshalb ausgemacht, daß nur noch Mitglieder der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften beschäftigt werden dürfen, daß die Bauarbeiter und Poliere angewiesen sind, sich Arbeitsträfte durch die BGB-Funktionäre beschaffen zu lassen und daß im übrigen alle anderen Bauarbeiter nicht beschäftigt werden sollen.

Die Bauarbeiter werden daher edlen Einheitsfront von Polizei, sozialfaschistischen Streikbruchorganisatoren und Internerium trotz allen Terrors unter Führung der KGD die einzig mögliche Antwort geben. Sie werden das tun, so sie heute noch im BGB oder bei den Christen organisiert sind oder nicht. Sie werden sich nicht als Streikbrecher gegen ihre kämpfenden Kollegen mißbrauchen lassen. Sie werden sich in Massen der KGD anschließen und so die Voraussetzungen für den Aufbau des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe, einer wirklichen Kampforganisation, schaffen.

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Die Bauarbeiter werden daher edlen Einheitsfront von Polizei, sozialfaschistischen Streikbruchorganisatoren und Internerium trotz allen Terrors unter Führung der KGD die einzig mögliche Antwort geben. Sie werden das tun, so sie heute noch im BGB oder bei den Christen organisiert sind oder nicht. Sie werden sich nicht als Streikbrecher gegen ihre kämpfenden Kollegen mißbrauchen lassen. Sie werden sich in Massen der KGD anschließen und so die Voraussetzungen für den Aufbau des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe, einer wirklichen Kampforganisation, schaffen.

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

der Bezirksvertreter der KGD das Wort bekommen sollte. Brauns verlor sich noch rasch die Situation für sich zu retten, indem er das Schlusswort ergriff, daß die Gebuld der Versammlung war erschöpft. Der Leiter der Industriezweige Bau vom Bezirkskomitee der KGD, Genosse Jöllner, wurde von den Kollegen in die Versammlung geholt, worauf Brauns seine Sachen packte und mit seinen Schuhschuß fluchtartig die Versammlung verließ.

Genosse Jöllner entwickelte ein klares Bild über die Streiksituation und den Verrat der Bürokratie, und begründete noch einmal die eingebrachte Resolution. Die Kollegen wurden aufgefordert, morgen für die reifliche Bekleidung der Betriebe zu sorgen und Massenstreikposten vor die Betriebe zu stellen.

Der Streik der Bauarbeiter ist ein Kampf von ungeheurer Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Der Verrat der Bürokratie ist so offen, daß die organisierte Trennung von diesen Gewerkschaftsführern zur Lebensfrage der Bauarbeiterschaft nicht nur in Halle geworden ist.

Der Sozialfaschismus zeigt sich beim Bauarbeiterstreik so offen und brutal, wie noch nie. Zu dem ungeheuerlichen Schiedspruch, dessen Inhalt wir gestern veröffentlichten, wird noch bekannt, daß die BGB-Bürokratie mit den Unternehmern außerdem noch eine Vereinbarung getroffen hat. Die Unternehmer schreiben über die Vereinbarung:

„Was nun die Wiederaufnahme der Arbeit anbelangt, werden die kommunistischen Arbeiter, also die in der KGD vereinigten Bauarbeiter alles mögliche tun, um den Mitgliedern der Tariforganisationen die Behebung der Baustellen zu erschweren. Die kommunistischen Verbände führen eine Sprüche, als ob sie die Herren auf den Baustellen wären. Es ist allerhöchste Zeit, diesem Spieß ein Ende zu machen.“

An der Vereinbarung zwischen den Sozialfaschisten vom BGB und den Unternehmern ist deshalb ausgemacht, daß nur noch Mitglieder der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften beschäftigt werden dürfen, daß die Bauarbeiter und Poliere angewiesen sind, sich Arbeitsträfte durch die BGB-Funktionäre beschaffen zu lassen und daß im übrigen alle anderen Bauarbeiter nicht beschäftigt werden sollen.

Die Bauarbeiter werden daher edlen Einheitsfront von Polizei, sozialfaschistischen Streikbruchorganisatoren und Internerium trotz allen Terrors unter Führung der KGD die einzig mögliche Antwort geben. Sie werden das tun, so sie heute noch im BGB oder bei den Christen organisiert sind oder nicht. Sie werden sich nicht als Streikbrecher gegen ihre kämpfenden Kollegen mißbrauchen lassen. Sie werden sich in Massen der KGD anschließen und so die Voraussetzungen für den Aufbau des roten Einheitsverbandes für das Baugewerbe, einer wirklichen Kampforganisation, schaffen.

Jetzt aber heißt das Gebot der Stunde: trotz allen Terrors Zusammenfassung aller Streikleitungen auf der Grundlage der Einheitsfront, geschlossene Weiterführung des Streiks bis zur Erreichung des Sieges!

## Bauarbeiter rufen zum 1. Mai

An der großen hallischen Bauarbeiterversammlung wurden einstimmig folgender Kampfpapier an alle Bauarbeiter und die gesamte Arbeiterschaft beschlossen:

Die Bauarbeiterschaft gelobt, den 1. Mai als Kampftag zu begeben. Von allen Baustellen werden Delegierte in das Moskauer Rathaus. Die Bauarbeiter fordern die gesamte Arbeiterklasse auf, diesem Beschluß zu folgen und den 1. Mai zu einem Kampftag gegen Lohnraub und Brüning-Diktatur zu machen.



# Heute und morgen stimmt das Leuna-Werk für Arbeitsruhe am Maikampftag!